

## Nationalsozialistische Kirchenpolitik bis 1929: Das Beispiel der Stadt Hattingen<sup>1</sup>

### 1. Stadt und Evangelische Kirchengemeinde Hattingen

Am südlichen Rand des Ruhrgebietes gelegen war Hattingen bis 1929 Kreisstadt des gleichnamigen Kreises, der eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Land- und Stadtgemeinden umfaßte. Durch die Neubildung des Ennepe-Ruhr-Kreises verlor Hattingen diesen Status und wurde Sitz des Amtes Hattingen. In ihrer Sozialstruktur war diese Kleinstadt einerseits von dem industriellen Großbetrieb Henrichshütte geprägt. Als Sitz zahlreicher öffentlicher Einrichtungen hatte sie andererseits einen erheblichen Anteil von Beamten und Angestellten. Ein Blick in das Adreßbuch der Stadt zeigt außerdem, daß die Zahl der selbständig Gewerbetreibenden, darunter viele Inhaber kleiner Geschäfte, relativ hoch war.<sup>2</sup>

Die Sozialstruktur der umliegenden Gemeinden war äußerst unterschiedlich. In der Gemeinde Welper z. B. war der Arbeiteranteil sehr viel höher als in der Stadt Hattingen. Die übrigen umliegenden Gemeinden der Ämter Blankenstein und Hattingen-Land hatten hingegen vorwiegend einen ländlichen Charakter und eine flächenmäßig große Ausdehnung. Die Mehrheit der Erwerbstätigen war hier in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.

Über die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Religionsgemeinschaften liegen lediglich für die Stadt Hattingen detaillierte Aufschlüsselungen vor. Danach gehörten 1929 rund 27% der 14500 Hattinger der katholischen Kirche an, 65% galten als Protestanten.<sup>3</sup>

Die Kirchengemeinde Hattingen, 1898 aus dem Zusammenschluß der älteren lutherischen und kleineren reformierten Gemeinde ent-

<sup>1</sup> Der Aufsatz stellt den überarbeiteten Teil einer Examensarbeit zum Thema „Nationalsozialistische Kirchenpolitik vor Ort bis 1934: Das Beispiel der Stadt Hattingen“ dar.

<sup>2</sup> Das Adress-Buch von Hattingen aus dem Jahre 1929 listet 1558 Arbeiter (mit Facharbeitern u. unselbständigen Handwerkern), 446 Angestellte, 408 Beamte, 538 Selbständige und 458 andere Personen auf. Auszählung: Georg, J., Die Entwicklung der NSDAP in der Zeit der Weimarer Republik untersucht am Beispiel der Stadt Hattingen, Hattingen 1975, S. 8. Vgl. Petras, H., Völkische Bewegung und NSDAP in Hattingen, in: VHS Hattingen (Hg.), Alltag in Hattingen 1933–1945. Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus, Essen 1985, S. 14–22.

<sup>3</sup> Stadtarchiv Hattingen (STAH), Amt Hattingen Nr. 453, Stadt Hattingen an den Regierungspräsidenten v. 1. 3. 1929.

standen,<sup>4</sup> umfaßte in den zwanziger Jahren 11 Gemeindebezirke, die in ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur wie in ihrer Mitgliederstärke erhebliche Unterschiede aufwiesen. Die Verteilung der Gemeindeverordneten auf die einzelnen Bezirke verdeutlicht die Größenunterschiede:<sup>5</sup>

Stadt Hattingen	28 Vertreter
Welper	7 Vertreter
Baak	5 Vertreter
Niederbonsfeld; Niederstüter	je 4 Vertreter
Bredenscheid; Holthausen; Winz	je 3 Vertreter
Oberstüter; Ober- bzw. Niederelfringhausen	je 1 Vertreter

Die zentrale Bedeutung des Stadtbezirks fällt unmittelbar ins Auge. Er stellte nahezu die Hälfte der Repräsentanten. Ein ähnliches Bild ergibt der Schlüssel für die Verteilung der Presbyter:<sup>6</sup> 8 Presbyter kamen aus dem Stadtbezirk, 2 aus dem Bezirk Welper. Die übrigen 8 Presbyter vertraten die neun kleineren Gemeindeteile.

Exakte Angaben über die Gesamtzahl der Gemeindeglieder ließen sich leider nicht ermitteln. Legt man die Bevölkerungszahlen vom 10. 10. 1929 und einen Anteil von 65% zugrunde, so kommt man auf eine durchaus realistische Zahl von 22500 Gemeindegliedern.<sup>7</sup> Auch über den Grad der kirchlichen Bindung der Gemeindeglieder liegen nur wenige Informationen vor. Hinsichtlich der Abendmahlsbeteiligung lag die Kirchengemeinde unter dem Durchschnitt der westfälischen Provinzialkirche.<sup>8</sup> Zieht man die Mitgliedszahlen der kirchlichen Vereine hinzu, so wird man von einer relativ geringen Ausprägung der kirchlichen Bindungen sprechen können.<sup>9</sup>

In dem untersuchten Zeitraum standen der Kirchengemeinde 6 Pfarrstellen zur Verfügung, hiervon befanden sich 3 im Stadtbezirk. Die Pfarrer des Stadtbezirks – Arendt, Graefe, Radicke – können in ihrer theologischen Position der „historisch-konservativ-orthodoxen Bibelauffassung des 19. Jahrhunderts“<sup>10</sup> zugerechnet werden. Der Welper-

<sup>4</sup> Gemeindebuch des Kirchenkreises Hattingen, Witten 1962, S. 36.

<sup>5</sup> Evangelisches Kirchenarchiv Hattingen (EvKH), Nr. 4R.

<sup>6</sup> EvKH, Protokollbuch der Ev. Kirchengemeinde Hattingen (PB) 1922–1934.

<sup>7</sup> Bevölkerungszahlen der Stadt Hattingen, des Amtes Hattingen-Land (ohne Altendorf und Niederwengern) und den Gemeinden Welper und Holthausen. Nach: Hattinger Zeitung (Hatt.Z.) 20. 1. 1930.

<sup>8</sup> Hatt. Z. 2. 1. 1928; Das Evangelische Westfalen, Nr. 5, 1930, S. 52.

<sup>9</sup> EvKH, Nr. 1RR. Der Arbeiter- und Bürgerverein zählte 1930 200, der Gesellenverein 200, der Männer- u. Jünglingsverein 45, der Ev. Bund 199 Mitglieder. Lediglich die Frauenhilfe berichtete von 800 Mitgliedern.

<sup>10</sup> Zur Kennzeichnung: Hey, B., Die Kirchenprovinz Westfalen 1933–1945, Bielefeld 1974,

ner Pfarrer Boeddinghaus, der eine besondere Rolle spielte, war als Mitglied der Kirchlichen Gemeinschaft der pietistischen Tradition des deutschen Protestantismus verpflichtet.<sup>11</sup>

## 2. Politische Einstellungen des „Gemeindeprotestantismus“ in der Weimarer Republik

Auf die protestantische Kirche wirkte das Ergebnis des Ersten Weltkrieges, Versailles und die Revolution, wie ein Schock. Die Revolution vom 9. 11. 1918 hatte endgültig das Kaiserreich zerbrochen, mit dem die evangelische Kirche aufs engste verbunden gewesen war. Sie hatte die Sozialdemokraten an die Macht gebracht, ein Vorgang, der bei den meisten Protestanten, die den „Marxismus als Systematisierung des antichristlichen Geistes schlechthin“<sup>12</sup> sahen, Entsetzen auslösen mußte. Tatsächlich hatten nun die Kräfte, die vorerst das politische Leben beherrschen sollten, auch gar nicht den Anspruch, einen Staat im „christlichen“ Sinne aufzubauen. Es war aber nicht nur eine neue politische Ordnung, die auf das Etikett „christlich“ verzichtete, es war eine republikanisch-demokratische Ordnung, die dem monarchistisch-autoritären Weltbild vieler Protestanten nicht entsprach. Wie tief diese Haltung verwurzelt war, zeigt u. a. die Tatsache, daß Pfarrer Radicke auch Jahre nach Kriegsende den gewählten Bürgermeister der Stadt als „Ew. Hochwohlgeboren“ ansprach.<sup>13</sup>

Versailles und das Eingeständnis deutscher Schuld mußten für diese Kirche, in der mit der autoritären die nationalistische Linie fest verbunden war, zu einem Problem werden, denn „den deutschen Protestanten erschien dieser Krieg mehr noch als allen anderen als ihr Krieg.“<sup>14</sup> Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, daß der Krieg nicht nur als gerechter Verteidigungsakt gesehen wurde, sondern auch den Wunsch einer religiösen Erneuerung des deutschen Volkes zu erfüllen versprach. Aus einem Bericht des Superintendenten des Kirchenkreises Hattingen:<sup>15</sup> „Wenn es auch verfrüht ist, von einer *inneren Wiedergeburt* desselben zu sprechen, so gehört doch das, was wir in den Monaten des Krieges erfahren haben, zu den lichtvollsten Erscheinungen des inneren Lebens unseres Volkes. Gleichzeitig mit der Mobilmachung des Heeres haben

S. 29. Für eine detaillierte Analyse reichte das Material nicht aus. Zeitungsberichte, Predigten u. Gespräche mit Zeitgenossen lassen m. E. diesen Schluß jedoch zu.

<sup>11</sup> Nach Auskunft der Eheleute H., die selbst Mitglieder der Kirchlichen Gemeinschaft sind.  
<sup>12</sup> Brakelmann, G., Das Darmstädter Wort von 1947, in: ders., Kirche in Konflikten ihrer Zeit. Sechs Einblicke, München 1981, S. 162–187, S. 182.

<sup>13</sup> StAH, Amt Hattingen Nr. 451, Radicke an den Bürgermeister v. 30. 5. 1924.

<sup>14</sup> Scholder, K., Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt, Berlin, Wien 1977, S. 7.

<sup>15</sup> StAH, Amt Hattingen Nr. 451, Verhandlungen der Kreissynode Hattingen, Bericht des Superintendenten v. 29. 10. 1918.

die unvergeßlichen Augustwochen des Jahres 1914 unserem Volke auch die *Mobilmachung des Herzens* und der *Liebe* gebracht. Der Kriegsausbruch führte eine vollständige *Umstimmung* der deutschen Seele herbei. Im Angesicht der ungeheuren Gefahr und der Erschütterung aller Verhältnisse gab es nur einen festen Punkt: Das Vertrauen auf Gott. Wie unter den Stürmen dieser Zeit die Asche seichter Zivilisationsvergötterung, satter Diesseitsseligkeit und sittlicher Oberflächlichkeit hinweggefegt wurde, und die in der Tiefe der Volksseele ruhende Glut innerer Frömmigkeit zu neuen hellen Flammen aufloderte –, wie unter den Hammerschlägen des Allmächtigen der Aufputz monistischen Phrasentums und sogenannter moderner Stimmungsreligion schnell abfiel, daß das Wesen deutscher Glaubensauffassung in urwüchsiger Kraft und Wucht wieder in die Erscheinung trat –, wie die Kirchenflucht mit einemmal in ihr Gegenteil umschlug –, wie der Streit der kirchlichen Richtungen mit einem Schlage verschwand, das wird allen . . . unvergeßlich bleiben . . .“

Versailles und die Revolution stellten traditionelle Denkhaltungen und die Rechtfertigung des Krieges in Frage, erschüttert werden konnten sie aber nicht. Nur selten gewann man Einsicht in die Rolle des deutschen Imperialismus beim Ausbruch des Krieges. Statt dessen wurde die Niederlage mystifiziert, nahm man Dolchstoßlegenden bereitwillig auf und sprach von der „Kriegsschuldlüge“ der siegreichen Gegner. Die „Schande von Versailles“ blieb in allen kirchlichen Gremien ein Dauerthema.<sup>16</sup>

Nur von wenigen wurde das Kriegsende als Chance für einen Neubeginn empfunden. Zwar vertrat eine Gruppe liberaler, reformorientierter Theologen Pläne, die vielfach unter der Bezeichnung „Freie evangelische Volkskirche“ standen. Zugrunde lag ihnen ein Unbehagen an der alten Obrigkeits-, Behörden- und Pastorenkirche. Ihr Einfluß blieb jedoch gering.<sup>17</sup> In Hattingen kam es erst anläßlich der Kirchenwahlen Ende 1920 zu einem ersten Versuch, liberale Kräfte zu organisieren und zu mobilisieren. Anfang Dezember wurde eine „Vereinigung der Freunde evangelischer Freiheit“ gegründet und Studienassessor Dr. Walther Etterich zum Vorsitzenden gewählt.<sup>18</sup> Von institutionellen Reformen, wie sie von den Volkskirchenbünden oder der „Christlichen Welt“ des Theologen Martin Rade gefordert wurden,<sup>19</sup> war jedoch weder in der Gründungsversammlung noch in den später veröffentlich-

<sup>16</sup> Vgl. Nowak, K., *Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932*, Göttingen 1981, S. 187.

<sup>17</sup> Vgl. Scholder, a. a. O., S. 12; Jacke, J., *Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918*, Hamburg 1976, S. 307.

<sup>18</sup> Hatt. Z. 7. 12. 1920.

<sup>19</sup> Vgl. Scholder, a. a. O., S. 11 f.

ten Schreiben des Vorsitzenden die Rede. Man wandte sich gegen den „Dogmatismus der Autoritätskirchen“ und sprach sich für eine „weitherzigere“ Auffassung vom Christentum und „tätige Nächstenliebe“ aus.<sup>20</sup> Als Zielgruppe wurde die bisher nicht kirchlich engagierte Arbeiterschaft herausgehoben.<sup>21</sup> Nach Auskunft des Vorsitzenden Etterich vertrat die Vereinigung zwar keinen bestimmten theologischen Standpunkt, sie war aber bemüht, das Erbe Luthers durch „Ergebnisse der Wissenschaft“ zu ergänzen.<sup>22</sup> Die Vereinigung gewann in der Hattinger Kirchengemeinde nur wenige Anhänger und trat 1921 zu den Gemeindegewahlen erst gar nicht an.<sup>23</sup>

Obwohl die demokratische Staatsform vom überwiegenden Teil des engagierten Protestantismus abgelehnt wurde, die gewonnene Selbständigkeit der Kirche im republikanischen Staat wurde auch über liberale Kreise hinaus mehr und mehr begrüßt.<sup>24</sup> Aus dem Synodalbericht der Kirchengemeinde Hattingen vom Mai 1927:<sup>25</sup>

„Der inneren neuerworbenen Selbständigkeit gegenüber dem Staate freuen wir uns mit Recht. Denn wir glauben, daß in der freien unbevormundeten Hingabe an das Evangelium eine Quelle innerer Kraft uns gegeben ist, die uns befähigen wird, mutig und standhaft auf dem Plane zu sein, wenn die Haltung der Staatsleitung darauf schließen läßt, daß gut evangelische, deutsche Kulturbelange gefährdet sind.“ Die Freude mischte sich mit Ängsten, denn „nun haben fremdkirchliche, nicht kirchliche und antikirchliche Kreise ... in weit größerem Maße eine Übersicht über unsere Finanzkraft ... als früher.“ Hier deuten sich jene Ressentiments an, ohne die das politische Verhalten des deutschen Protestantismus in der Weimarer Republik nicht zu begreifen ist. Antikatholizismus, Antiliberalismus, Antisozialismus und Antibolschewismus gehörten zu den festen Bestandteilen nationalprotestantischen Denkens.<sup>26</sup> Die „Christenverfolgungen in Rußland“ waren z. B. das Thema unzähliger Veranstaltungen in der Hattinger Kirchengemeinde und boten immer wieder die Gelegenheit, gegen Marxismus jeder Schattierung zu Felde zu ziehen. Eine Rede von Pfarrer Hochdahl zur 25-Jahr-Feier des Ev. Gesellenvereins im August 1931 dürfte beispielhaft sein:<sup>27</sup>

<sup>20</sup> Hatt. Z. 7. 12. 1920.

<sup>21</sup> Hatt. Z. 21. 12. 1920.

<sup>22</sup> Hatt. Z. 24. 12. 1920.

<sup>23</sup> Vgl. EvKH, PB 1924–1925.

<sup>24</sup> Vgl. Meier, K., Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Bd. I: Der Kampf um die ‚Reichskirche‘, Göttingen 1976, S. 21.

<sup>25</sup> EvKH, Nr. 21 L, Bericht des Presbyteriums für die Kreissynode am 29. und 30. Mai 1927, S. 1.

<sup>26</sup> Vgl. Nowak, a. a. O., S. 298–305.

<sup>27</sup> Hatt. Z. 3. 8. 1931.

„Die Blicke der Christenheit richten sich nach Rußland. Die letzten Entscheidungen, um die es heute geht, sind Glaube oder Unglaube. Es geht um Leben oder Tod. Sage niemand ‚Deutschland ist nicht Rußland‘. Wer das sagt, weiß nicht, was er spricht. Wir Christen sind das Ziel der Christuslosen, das ist die Lage, wie wir sie heute haben. Auf der anderen Seite steht die Millionenschar der nur diesseits lebigen Menschen, durch die der Atheismus, und das ist das Furchtbare, gestärkt wird. Und als 3. Front gegen die evangelische Christenheit erscheint der Ultramontanismus im Bunde mit dem Marxismus.“

Die beständige Angst, gegenüber der katholischen Kirche benachteiligt zu werden, fand außerdem in wiederholten Stellungnahmen der Hattinger Synode zu Konkordatsverhandlungen ihren Niederschlag.<sup>28</sup>

Zwischen den politischen Einstellungen der aktiven Hattinger Protestanten und denen des überwiegenden Teils des deutschen Protestantismus gab es also kaum nennenswerte Unterschiede. Von den politischen und religiös-sittlichen Wertmaßstäben her ergab sich nahezu selbstverständlich eine enge Beziehung zu den antidemokratischen Rechtsparteien.

### 3. *Völkische Bewegung und NSDAP in der Stadt Hattingen bis 1929*

Nachdem es bereits während des Ersten Weltkrieges zu einer erheblichen Verstärkung antisemitischer Tendenzen gekommen war, wurde der Antisemitismus nach der Niederlage zum Kristallisationspunkt weitverbreiteter Ressentiments gegen den Kriegsausgang und die politisch-gesellschaftlichen Veränderungen.<sup>29</sup> Eine Fülle völkischer Organisationen versuchte in Hattingen antisemitische Vorurteile zu nutzen und durch Hetzpropaganda zu steigern.<sup>30</sup> Genaue Zahlenangaben über die personelle Stärke dieser Gruppen liegen nur teilweise vor. Mit Sicherheit bestanden aber weitreichende Verbindungen zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der zwischen 1919–1922 die größte und einflußreichste antisemitische Organisation in Deutschland bildete. In Hattingen, dem Sitz des Gaues Westfalen und Lippe, befand sich eine der 6 Geschäftsstellen des Bundes.<sup>31</sup> Die große Zahl der Gruppen, die Fülle des verteilten Propagandamaterials und die erhebliche Zahl von Veranstaltungen lassen auf eine erhebliche Stärke der völkischen Bewegung in Hattingen schließen. Erkennbar wurde dies u. a.

<sup>28</sup> EvKH, Nr. 21 L.

<sup>29</sup> Vgl. Lohalm, U., *Völkischer Radikalismus. Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923*, Hamburg 1970, S. 117–121.

<sup>30</sup> Vgl. Böhnke, W., *Die NSDAP 1920–1933*, Bonn 1974, S. 28. Böhnke nennt allein 9 Organisationen, die im September 1922 aktiv waren.

Vgl. Petras, *Völkische Bewegung . . .*, S. 22–38.

<sup>31</sup> Lohalm, a. a. O., S. 89.

auch bei den Reichstagswahlen des Jahres 1924, die freilich unter dem unmittelbaren Eindruck der Ruhrbesetzung standen.<sup>32</sup> Im Mai 1924 erzielte hier der Völkisch-Soziale Block mit 6,4% einen Stimmenanteil, der zwar vom Reichsdurchschnitt kaum abwich, in Westfalen jedoch das zweitbeste Ergebnis darstellte.<sup>33</sup> Trotz starken Stimmenrückganges im Reich und im Ruhrgebiet konnte der VSB/NSFB im Dezember 1924 seinen Anteil in der Stadt Hattingen behaupten.<sup>34</sup>

Innerhalb des völkischen Spektrums nahm die NSDAP sehr schnell eine Sonderstellung ein. Bereits am 21. 10. 1922 war die Bildung einer Hattinger Ortsgruppe im Völkischen Beobachter gemeldet worden.<sup>35</sup> Nun, unmittelbar nach dem Abzug der Besatzungsgruppen, schuf sich die neugegründete NSDAP-Ortsgruppe im Sommer 1925 wichtige organisatorische Voraussetzungen und entfaltete fortan eine ungewöhnliche Propagandatätigkeit.<sup>36</sup> Unzählige Male erschien J. Goebbels, der z. T. in Abständen von 14 Tagen sprach. Neben Goebbels, Kaufmann, G. Strasser, Kube u. a. kam Hitler selbst zwischen 1926–27 viermal in dieses kleine Städtchen.<sup>37</sup>

Die Attraktivität der NSDAP blieb bis 1928/29 im Ruhrgebiet und im gesamten Reich gering. Lange Zeit blieb sie eine radikale „Sekte“.<sup>38</sup> Die Hattinger Ortsgruppe hatte dagegen schon Ende 1925 rund 300 Mitglieder, zählte im Frühjahr 1926 sogar 376 Parteigenossen. Sie gehörte „zu den stärksten und aktivsten Ortsgruppen und (war) lange Zeit das Zentrum der NSDAP im Revier“.<sup>39</sup> Die ungewöhnlich starke Stellung der Nationalsozialisten fand ihren Niederschlag in den Wahlergebnissen der nächsten Jahre. Konnte die NSDAP bei den Reichs- und preußischen Landtagswahlen im Mai 1928 insgesamt gerade 2,6% der Wählerstimmen gewinnen, so erhielt sie in der Stadt Hattingen bereits 15,6% der Stimmen. Am 17. 11. 1929 entschieden sich bei den Provinziallandtagswahlen sogar rund 22,0% der Hattinger für die NSDAP, die in der

<sup>32</sup> Petras, H., Der Ruhrkampf im Spiegel der Ereignisse im Hattinger Raum, Hattingen 1973, S. 194–199. Hattingen lag an der Grenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet und wurde zum Fluchtpunkt für zahlreiche Rechtsextreme. Nach Angaben der Nationalsozialisten wurde Hattingen zum Zentrum des Widerstandes gegen die Besatzungstruppen.

<sup>33</sup> Fischer, H./Schappei, H., 50 Jahre Wahlen in Hattingen 1919–1969, Hattingen <sup>2</sup>1980, B 9f.; Böhnke, a. a. O., S. 71.

<sup>34</sup> Fischer/Schappei, a. a. O., B 11f.

<sup>35</sup> Georg, a. a. O., S. 13.

<sup>36</sup> Wasserloos, Rudolf, Die Geschichte der NSDAP in Hattingen, Hattingen 1933, S. 29. Hierzu zählte die Bildung einer Jugendgruppe und einer SA-Abteilung.

<sup>37</sup> Ebd. S. 29–40.

<sup>38</sup> Bracher, K. D., Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Frankfurt/Berlin/Wien 1983<sup>6</sup>, S. 145. Ende 1925 gehörten der Partei lediglich 27000 Personen an. Erst 1928 hatte sie 100000 Mitglieder gewonnen.

<sup>39</sup> Böhnke, a. a. O., S. 100. Böhnke nennt zum Vergleich Essen mit 508 und Bochum mit 213 Mitgliedern.

Provinz Westfalen immer noch nicht die 3%-Marke überspringen konnte. Nach den gleichzeitig durchgeführten Stadtverordnetenwahlen stellte die Partei mit 20% der Stimmen neben den Sozialdemokraten die stärkste Fraktion.<sup>40</sup>

Der außergewöhnlichen Entwicklung der NSDAP lagen verschiedene Faktoren zugrunde. Hier soll nur auf solche eingegangen werden, die auch für das Geschehen in der Kirchengemeinde von Belang waren.

1. Ursache und Folge des nationalsozialistischen Erfolges war eine deutliche Schwäche traditioneller national-bürgerlicher Parteien am Ort, d. h. ihre Unfähigkeit, national-liberales und national-konservatives Wählerpotential an sich zu binden und völkisch-nationalsozialistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Die Wahlergebnisse zeigen dies eindeutig. Der Anteil der DNVP z. B. nahm zwischen 1925 und 1928 von 16,8% auf 7,5% ab.<sup>41</sup> Hierfür gibt es eine plausible Erklärung: Die DNVP war 1924 noch mit E. Arnold, einem Betriebsdirektoren der Henrichshütte, als Spitzenkandidaten zur Stadtverordnetenwahl angetreten. Arnold kam sehr schnell in Kontakt mit den Nationalsozialisten. J. Goebbels berichtet in seinem Tagebuch von 1925/26, daß er mehrfach mit Arnold gesprochen und einen größeren Spendenbetrag von ihm erhalten habe.<sup>42</sup> Arnold wurde 1925 wahrscheinlich Mitglied,<sup>43</sup> 1926 möglicherweise Gauwirtschaftsberater der Partei.<sup>44</sup>

Ein weiteres Indiz für die Schwäche bürgerlicher Parteien sind die Wahlergebnisse der linksliberalen DDP, die in Hattingen stets erheblich unter dem Reichsdurchschnitt lagen.<sup>45</sup>

2. Wenn H. A. Winkler feststellt, daß „die Gewinnung der marxistisch ‚verseuchten‘ Arbeiterschaft . . . ein besonderes Bestreben“<sup>46</sup> der NSDAP in diesem Zeitraum gewesen sei, so trifft diese Beschreibung auf die Propaganda der Hattinger NSDAP kaum zu. Sie versuchte sich statt dessen sehr früh als eine „Sammelpartei neuen Stils“<sup>47</sup> zu präsentieren. Sie zeigte sich in ihren Wahlvorschlägen der Öffentlichkeit gegenüber als eine weitaus heterogener zusammengesetzte Organisation als nahezu alle anderen Parteien.<sup>48</sup> Die Fülle von Versammlungen erleichterte es, ein breites, diffuses Bild aufrechtzuerhalten, mit dem

<sup>40</sup> Fischer/Schappei, a. a. O., B19, B24ff.

<sup>41</sup> Ebd., B11–20.

<sup>42</sup> Goebbels, J., Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, Stuttgart 1960, S. 22, 53, 57, 84.

<sup>43</sup> Petras, Der Ruhrkampf . . . , S. 191 Anm. 664.

<sup>44</sup> Böhnke, a. a. O., S. 116.

Petras, Völkische Bewegung . . . , S. 318, Anm. 199.

<sup>45</sup> Fischer/Schappei, a. a. O., B4–27.

<sup>46</sup> Winkler, H. A., Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 160.

<sup>47</sup> Bracher, a. a. O., S. 166.

<sup>48</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen.

fast jede soziale Gruppe in irgendeiner Form angesprochen werden konnte. Eine solche Ortsgruppe konnte demnach auch den Zugang zu bestimmten Gruppen, z. B. der Arbeiterschaft, versprechen. Das Bild einer relativ heterogenen Zusammensetzung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es gerade die in Hattingen umfangreichen kleinbürgerlich-mittelständischen Gruppen waren, die das eigentliche Rekrutierungsfeld der NSDAP waren und immer wieder gezielt angesprochen wurden.<sup>49</sup> Die Kirchenpolitik der NSDAP kann als Teil einer Strategie identifiziert werden, in diesen Gruppen bestehende Vorbehalte abzubauen, Anerkennung in traditionell konservativ-national orientierten Organisationen zu suchen und im nationalsozialistischen Sinne zu beeinflussen.<sup>50</sup> Innerhalb dieser breiten Strategie spielte die Evangelische Kirchengemeinde keine unwesentliche Rolle, denn die Stadt Hattingen war eindeutig protestantisch geprägt. Eine realistische Analyse mußte außerdem davon ausgehen, daß nur ein Teil der relativ wenigen Katholiken für die NSDAP gewonnen werden konnte. Wenn man aber kirchlich gebundene Protestanten an die NSDAP heranführen wollte, so mußte man dem weit verbreiteten Urteil der Antichristlich- bzw. Antikirchlichkeit völkischer Organisationen entgegenreten.

#### 4. Zur Kirchenpolitik der NSDAP-Ortsgruppe 1926–27

Ein erstes Licht auf die Beziehung zwischen Hattinger NSDAP und der Kirchengemeinde wirft ein Ereignis aus dem Jahre 1926, über das heute nur noch Berichte engagierter Nationalsozialisten vorliegen. Am 7. 2. 1926 fand in Hattingen ein großer Aufmarsch der SA aus allen Teilen des Gaues statt. Im evangelischen Gemeindehaus, dem größten Saal der Stadt, wurden die SA-Männer versorgt. Hier, im evangelischen Gemeindehaus, hielt zum Abschluß J. Goebbels eine seiner vielen Hattinger Reden.<sup>51</sup>

In den Protokollbüchern der Kirchengemeinde wird an keiner Stelle erwähnt, daß es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Gremien gekommen sei, die in einem Zusammenhang mit der erteilten Genehmigung stehen könnten. Man kann daher davon ausgehen, daß es einen nennenswerten Widerstand gegen die Veranstaltung nicht gegeben hat. Möglicherweise waren es die Schlägereien zwischen Anhängern der NSDAP und der KPD, die sich der Versammlung anschlossen,<sup>52</sup> die das

<sup>49</sup> Den Anzeigenteil des nationalsozialistischen Presseorgans „Der nationale Sozialist für Rhein und Ruhr“ füllten 1927/28 hauptsächlich Inserate Hattinger Geschäftsleute.

<sup>50</sup> Es scheint kein Zufall zu sein, daß viele Hattinger Nationalsozialisten zugleich Vorstandsposten in Sport-, Kriegervereinen etc. anstrebten und erhielten. Hierzu: Petras, *Völkische Bewegung* . . ., S. 19–22, 49.

<sup>51</sup> Wasserloos, a. a. O., S. 33.

<sup>52</sup> Goebbels, a. a. O., S. 58.

Presbyterium einen erneuten Antrag der NSDAP mit der Begründung abweisen ließen, der Gemeindehaussaal stehe politischen Parteien nun „prinzipiell nicht mehr zu Verfügung.“<sup>53</sup>

Zwischen dem 7. 2. 1926 und dem 2. 3. 1927 verhielt sich, und dies mag den Beschluß weiter erklären, die Hattinger NSDAP keineswegs ruhig. Auch gegenüber der Gemeinde verhielt sie sich nicht gleichgültig, sondern versuchte aktiv in das Geschehen einzugreifen: Im Juni 1925 wollte der Kölner Judenmissionar Weißenstein in Hattingen einen Hauptgottesdienst halten. In der öffentlichen Ankündigung des Gottesdienstes machte Pastor Boeddinghaus auf die Aktualität und Dringlichkeit der Frage „Wir und die Juden“ aufmerksam und wies darauf hin, daß gerade Christen in dieser Frage versagt hätten und nicht biblisch urteilen würden.<sup>54</sup> Die Zustimmung zum Vortrag Weißensteins fand nicht überall Beifall. In einem anonymen Leserbrief wurde gefragt:<sup>55</sup>

„Seit wann hat die evangelische Kirche die Aufgabe, über brennende Zeitfragen politischen Charakters zu belehren? Ganz abgesehen davon, daß es untulich ist, über eine Frage, die soviel Explosivstoff in sich birgt, einen auswärtigen Herrn sprechen zu lassen, der durch seine Person den Verdacht einer gewissen Voreingenommenheit oder Einseitigkeit erweckt.“

Ein Zeitungsbericht zum Verlauf des Gottesdienstes liegt nicht vor. Nur einem Brief von Pastor Boeddinghaus aus dem Jahr 1927 kann man entnehmen, daß Nationalsozialisten die vorderen Reihen der Kirche geschlossen belegten und „in dem Augenblick, da Weißenstein die Kanzel bestieg, unter Protest die Kirche verlassen“ wollten. Sie konnten ihr Vorhaben nur deshalb nicht verwirklichen, weil der Kölner den Zug nach Hattingen verpaßte und erst nach dem Gottesdienst eintraf.<sup>56</sup>

In der nächsten Presbyteriumssitzung wurde, wohl auf Vorschlag von Boeddinghaus, einstimmig beschlossen, die Judenfrage in der Gemeinde ausführlich zu behandeln. Obwohl einige Teilnehmer Zweifel und Ängste über die möglichen Folgen äußerten, entschloß man sich, eine zusammenhängende Vortragsreihe mit offener Diskussionsmöglichkeit zu veranstalten und hierzu Prof. Dr. Ehrenberg zu verpflichten.<sup>57</sup>

Hans Ehrenberg, Sohn jüdischer Eltern, hatte sich 1909 taufen lassen. Nachdem er 1918 zum außerordentlichen Professor für Philoso-

<sup>53</sup> EvKH, PB 2. 3. 1927 TOP 1. Der Beschluß wurde nach heftigen internen Auseinandersetzungen am 3. 2. 1932 aufgehoben (PB 3. 2. 1932 TOP 2). Allein 1932 fanden daraufhin 16 Großveranstaltungen der NSDAP im Ev. Gemeindehaus statt (Hatt. Z. Jg. 1932).

<sup>54</sup> Hatt.Z. 26. 6. 1926.

<sup>55</sup> Hatt.Z. 29. 6. 1926.

<sup>56</sup> Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen, Personalakte „Hans Ehrenberg“ (EKvW-Pa), Boeddinghaus an den Generalsuperintendenten v. 1. 10. 1927.

<sup>57</sup> EvKH, PB 26. 7. 1926 TOP 1.

phie ernannt worden war, studierte er evangelische Theologie und nahm 1925 eine Pfarrstelle in Bochum ein.<sup>58</sup>

Der erste Vortrag Ehrenbergs sollte mit dem Thema „Jesus und Israel“ am 28. 2. 1927 im Gemeindehaus stattfinden. In der öffentlichen Ankündigung wurde das Thema von Boeddinghaus näher umschrieben.<sup>59</sup> Es gehe, so hieß es, um Fragen wie „War Jesus überhaupt ein Jude? Ist der Gott des alten Testaments ein anderer als der des neuen Testaments? Was hat ein Christ noch mit dem alten Testament zu schaffen?“ Boeddinghaus wies ausdrücklich darauf hin, daß die Veranstaltung rein religiösen Charakter tragen sollte, politische und volkswirtschaftliche Einschätzungen ständen nicht zur Diskussion. Trotz des Appells nahm die Veranstaltung einen anderen Verlauf. Boeddinghaus schrieb später:<sup>60</sup> „Die Nationalsozialisten . . . hatten ihr ganzes Heer aufgeboten; sie – zumeist junge, unreife Menschen – hielten das vordere Drittel des stark gefüllten großen Gemeindehaussaals besetzt. Ein recht großer Teil der Zuhörer war vor Eröffnung schon so mit Widerspruchsgeist erfüllt, so auf Judenhetze eingestimmt, so begierig auf Spektakelnkönnen, daß die Aufnahmefähigkeit und -willigkeit von vorneherein gering war.“

Dem sachlichen Vortrag Ehrenbergs folgte eine hitzige Diskussion, die im wesentlichen von 2 Personen bestimmt wurde. Josef Wagner, ein Bochumer Lehrer, warf Ehrenberg vor, Israel und Juden betrügerisch gleichzusetzen. Man solle doch an das Wort denken: „Ihr seid Kinder des Teufels.“ Er glaube an die Rasse wie an Gott selbst. Der 2. Diskussionsredner, Dr. W. Etterich, äußerte sein Bedauern über das Thema des Abends. Statt ein „Loblied auf Israel zu singen“ solle man lieber von der tragischen Not des deutschen Volkes sprechen.<sup>61</sup> Zum 2. Vortrag mit dem Thema „Kirche und Antisemitismus“ erschienen am 4. 3. 1927 500–600 Zuhörer. Auf Initiative von Etterich ging es in der Diskussion um die Vorbildhaftigkeit des alttestamentlichen David im Vergleich zu Friedrich dem Großen. Während Etterich David die Qualitäten eines Vorbildes und Helden absprach, zweifelte Pastor Boeddinghaus die Darstellung Friedrichs als Vorbild praktischen Christentums energisch an. Daraufhin kam es im Saal zu Tumulten, das Schlußwort des Vorsitzenden ging in Zwischenrufen unter.<sup>62</sup>

Den Vorträgen folgte am 6. 3. 1927 ein Gottesdienst, in dem Ehrenberg über Römer 11 predigte.

<sup>58</sup> Brakelmann, G., Hans Ehrenberg – ein judenchristliches Schicksal im Dritten Reich, in: ders., Kirche in Konflikten ihrer Zeit. Sechs Einblicke, München 1981, S. 128–161, S. 130 ff.

<sup>59</sup> Hatt. Z. 28. 2. 1927.

<sup>60</sup> EKvW-Pa, Boeddinghaus an den Generalsuperintendenten v. 1. 10. 1927.

<sup>61</sup> Hatt. Z. 1. 3. 1927.

<sup>62</sup> Hatt. Z. 5. 3. 1927.

Die Nationalsozialisten rühmten sich später in der Chronik ihrer Ortsgruppe:<sup>63</sup> „Auch den Hattingern bot sich um diese Zeit glänzende Gelegenheit, gegen den gefährlichen Kompromißgeist Front zu machen, wie er sich in der evangelischen Kirche breitgemacht hatte. Auf Einladung des Vorsitzenden des Presbyteriums ... sprach ... der bekannte Judenpastor Dr. Ehrenberg, Bochum, im evangelischen Gemeindehaus. Es war hier unzweifelhaft der versteckte Versuch unternommen worden, dem konsequenten Rassedanken des Nationalsozialismus dadurch seine Durchschlagskraft zu nehmen, indem man unter dem Mantel einer falsch verstandenen christlichen Nächstenliebe die nun einmal vorhandenen Gegensätze innerhalb der Rassen zu verwischen suchte. Daß das nicht gelingen konnte, dafür sorgten die Nationalsozialisten mit ihren Diskussionsrednern Wagner und Dr. Etterich. Wenn dabei die Kirchenvertretung Hattingen in ein etwas schiefes Licht geraten mußte, so war das gewiß vom Standpunkt der kirchlichen Autorität aus zu bedauern, aber leider nicht zu ändern.“

In der Chronik werden Etterich und Wagner als Redner der NSDAP bezeichnet. Tatsächlich handelte es sich bei dem Bochumer Wagner um den damaligen Bezirksleiter der NSDAP, der eigens zu diesen Veranstaltungen nach Hattingen gekommen war. Wagner wurde 1928 Gauleiter und gehörte zu den 12 Nationalsozialisten, die 1928 in den Reichstag gewählt wurden.<sup>64</sup> Etterich, ehemaliger Vorsitzender der „Freunde evangelischer Freiheit“, war inzwischen Mitglied der größeren Vertretung der Kirchengemeinde geworden.<sup>65</sup> Auch wenn er der Partei bis 1928 nicht beitrug, so stand er ihr doch zweifellos sehr nahe.<sup>66</sup>

Mit Recht fühlten sich die Nationalsozialisten durch Ehrenbergs Vorträge in ihrer politischen Ideologie und Praxis scharf angegriffen, denn sie entzogen ihrem Antisemitismus jede biblisch-christliche Legitimation. Sie versuchten ihrerseits eine Hetzkampagne gegen Ehrenberg zu entfachen und antisemitische Stimmungen anzusprechen. Sie selbst stellten sie als die wahren Retter des Christentums dar und sparten nicht mit Bekenntnissen zum christlichen Glauben und ausschmückenden Bibelzitaten.

Wie nahm die Gemeinde die Vortragsreihe, die Predigt und die Auseinandersetzungen auf? Ehrenberg bestätigte in einem späteren

<sup>63</sup> Wasserloos, a. a. O., S. 38f.

<sup>64</sup> Stockhorst, ... , Fünftausend Köpfe. Wer war was im 3. Reich, Velbert u. Kettwig 1967, S. 435.

<sup>65</sup> EvKH, PB 6. 9. 1925.

<sup>66</sup> StAH, NSDAP-Bildersammlung. Auf einem Foto, das führende Vertreter der Ortsgruppe mit A. Hitler zeigt, ist auch W. Etterich abgebildet. Stockhorst, a. a. O., S. 126: Etterichs Bruder Arthur, 1922 Gründer der Hattinger Ortsgruppe, wurde 1938 Reichstagsmitglied u. 1943 Generalführer des Reichsarbeitsdienstes.

Brief das Urteil von Boeddinghaus, daß es in der Versammlung und in der Gemeinde zu einer Spaltung gekommen war. Er selbst fühlte sich von der Hälfte der Zuhörer unterstützt und fand den stärksten Rückhalt bei seinen Freunden aus dem C. S.V. und Anhängern der Kirchlichen Gemeinschaft. Von den Pfarrern erwähnte er lediglich Boeddinghaus, der ihm – nicht immer mit besonderem Geschick – beiseite gestanden habe.<sup>67</sup>

Die Nationalsozialisten und ihre Freunde versuchten den von ihnen selbst erzeugten Eindruck einer tiefen Spaltung auszunutzen. Etterich schrieb im April 1927 an den Generalsuperintendenten D. Zöllner:<sup>68</sup>

„Ein evangelischer Führer der hiesigen Nationalsozialisten, die hier sehr stark vertreten sind, ein Mann von kirchlich-religiösem Interesse, erklärte mir, daß seine Leute ein zweites Auftreten von Pfarrer Ehrenberg auf der Kanzel oder als Vortragsredner *mit Gewalt* verhindern würden, weil sie die Kirche rein halten wollten von jüdischer Lehre. Die Erregung unter den evangelischen Antisemiten sei so groß, daß die Führer in einem solchen Falle Gewalttätigkeiten nicht würden verhindern können.“

Die Organisation einer Protestkundgebung habe er verhindert, indem er mit „gebildeten Nationalsozialisten“ und anderen Gemeindegliedern das Presbyterium aufgefordert habe, einen Vortragsabend zum Thema „Christentum und Deutschland“ zu veranstalten.

Die Richtigkeit der Behauptungen Etterichs läßt sich insgesamt nicht überprüfen. Aber tatsächlich lag dem Presbyterium am 29. 3. 1927 ein entsprechender Antrag mit mehreren hundert Unterschriften vor. Es war die 1. Sitzung nach den Vorträgen, und Pastor Boeddinghaus hatte einige Tage vorher den Presbytern in einem vertraulichen Schreiben seine Einschätzung der Ereignisse mitgeteilt. Unmißverständlich bestritt Boeddinghaus den Anspruch der NSDAP, eine christliche Politik zu betreiben:<sup>69</sup> „Wenn bisher jemand etwa gemeint haben sollte, nur die Linksparteien ständen neben der Schrift, so hat er jetzt deutlich sehen müssen, wie ebenso unter den politisch rechts gerichteten Kreisen genügend unbiblisches und gegenbiblisches Gut zu finden ist. ‚Politisch rechts‘ und ‚christlich‘ ist bei manchen nicht dasselbe.“ Trotz der eindringlichen Mahnung von Boeddinghaus, gegenüber allen Strömungen und Parteien die eigene Selbständigkeit zu bewahren, wurde der Antrag Etterichs und der hinter ihm stehenden Nationalsozialisten mit 13 : 2 Stimmen angenommen.<sup>70</sup>

<sup>67</sup> EKvW-Pa, Ehrenberg an das Evangelische Konsistorium in Münster v. 24. 11. 1928.

<sup>68</sup> EKvW-Pa, Etterich an den Generalsuperintendenten v. 11. 4. 1927.

<sup>69</sup> EKvW-Pa, Boeddinghaus an den Generalsuperintendenten v. 1. 10. 1927.

<sup>70</sup> EvKH, PB 29. 3. 1927 TOP 1.

Kaum 2 Wochen nach seinem Erfolg wandte sich Etterich am 11. 4. 1927 mit dem erwähnten Brief an den Generalsuperintendenten. Darin beschäftigte er sich ausführlich mit den Vorträgen und der Predigt Ehrenbergs.<sup>71</sup> Mit langen Zitaten versuchte der Studienrat zu belegen, daß Ehrenbergs Theologie „mehr den Charakter einer jüdischen Nationalreligion als einer übernationalen Ewigkeitsreligion“ habe. Es sei klar, daß er das Thema „weniger vom religiösen als vom rassentheoretischen Gesichtspunkte aus behandelt hat“. Man müsse die Angelegenheit auch psychologisch sehen: „Welche Übersteigerung des Rassebewußtseins muß einen Juden erfassen, der die gegenwärtige Weltherrschaft des Judentums auf wirtschaftlichem (materiellem) Gebiete sieht und sich nun berufen fühlt, ihm auch noch die Gotteskrone des auserwählten Volkes aufs Haupt zu setzen.“ Es sei zu befürchten, „daß das Judentum bewußt oder unbewußt die Kirche zu benutzen sucht, um den Antisemitismus zu bekämpfen“.

Etterich versuchte Ehrenberg mit einer Fülle von Zitaten, die z. T. deutlich aus dem Zusammenhang gerissen waren, und dem wiederholten Hinweis auf die Empörung, die dieser ausgelöst habe, persönlich zu diffamieren. Sicherlich war dies aber auch ein Versuch, die grundsätzliche Frage nach der Stellung des Antisemitismus und der Position von „Judenchristen“ in der Kirche radikal zu beantworten.

Die Reaktionen der Hattinger Pfarrer und der Kirchenbehörden auf das Schreiben Etterichs hinterlassen einen zwiespältigen Eindruck. Der angesprochene Generalsuperintendent versuchte einige Monate später, weitere Informationen über die Vorgänge in Hattingen zu erhalten. Zwei Hattinger Pfarrer wurden gebeten, ihre Sicht der Ereignisse schriftlich niederzulegen. Ehrenberg selbst wurde weder befragt noch informiert und erhielt nur durch Zufall Kenntnis von den vorliegenden Vorwürfen. Erst nach schriftlicher Anforderung des Schreibens erhielt er Gelegenheit, selbst Stellung zu nehmen.<sup>72</sup>

Leider liegt nur einer der beiden Hattinger Berichte vor. Den Briefen Ehrenbergs ist jedoch zu entnehmen, daß sich die Darstellungen in ihrer Gesamtaussage erheblich unterschieden. Pastor Boeddinghaus brachte denn auch am Ende seines Berichtes seine Erfahrungen folgendermaßen zum Ausdruck:<sup>73</sup> „Wohin ist unsere Kirche geraten, daß in ihr der Judenchrist nicht mehr als gleichberechtigt neben dem Heidenchrist stehen darf? Welcher Fluch bringt es über die Gemeinden, daß so sehr viele Lehrer und Prediger eine gebrochene Stellung zum Alten Testament haben!“

<sup>71</sup> EKvW-Pa, Etterich an den Generalsuperintendenten v. 11. 4. 1927.

<sup>72</sup> EKvW-Pa, Ehrenberg an den Generalsuperintendenten v. 22. 11. 1927.

<sup>73</sup> EKvW-Pa, Boeddinghaus an den Generalsuperintendenten v. 1. 10. 1927.

Der im März beschlossene Vortrag über „Christentum und Deutschtum“ sollte, so wollten es die Initiatoren, einen neuen Kurs in der Kirchengemeinde einleiten. Auf Vorschlag von Etterich u. a. wurde für den 15. 7. 1927 Prof. Stählin (Münster) als Referent eingeladen.<sup>74</sup> Warum Stählin? Der Studienrat Etterich orientierte sich möglicherweise an Reden und Schriften, die Stählin einige Jahre zuvor veröffentlicht hatte. Stählin, von 1922–1932 Bundesleiter des Bundes deutscher Jugendvereine,<sup>75</sup> hatte u. a. 1924 auf der 3. Hohenacker Konferenz für Kirche und Jugendbewegung über „Die völkische Bewegung und unsere Verantwortung“ gesprochen. Er schreibt dazu in seinen Memoiren:<sup>76</sup> „Ich habe damals wohl alles, was man zum Lob dieser völkischen Bewegung sagen konnte, mit starker Beteiligung des Herzens ausgesprochen.“ Der Vortrag habe daher auch die Zustimmung der Nationalsozialisten gefunden. Erst nach vielen Gesprächen mit Nationalsozialisten und völkisch Begeisterten sei er zunehmend kritischer geworden.<sup>77</sup> Innerhalb von wenigen Jahren veränderte sich damit Stählins Beurteilung der völkischen Bewegung entscheidend. Immer deutlicher kam in seinen Aussagen zum Tragen, was er als Gefahren, gerade aus christlicher Sicht identifiziert hatte. Der Vortrag Stählins endete daher für die Hattinger Initiatoren mit einem Fiasko. „Stählin redete . . . vor kaum hundert Hörern, von den Schreiern waren nur wenige erschienen.“<sup>78</sup> Die Hattinger Zeitung berichtete:<sup>79</sup> „Mit scharfen, allzurichtigen Worten geißelte der Redner die egoistischen Auswüchse mancher nationaler Bestrebungen.“ Der Redner betonte den übernationalen Charakter des Christentums und hob hervor, „daß über allem Irdischen und über allem Nationalen die letzte große und wahre Gottesliebe sich offenbare, daß alle Völker einst untergehen, die große, alles umfassende Welt Gottes aber bestehen bleiben werde“.

Da sich Stählin außerdem auf eine rassentheoretische Festlegung des Begriffs „Deutschtum“ in keiner Weise einlassen wollte, kann man die Reaktion Etterichs und seiner Freunde verstehen, die Boeddinghaus als „Entsetzen“ beschrieb.<sup>80</sup>

##### *5. Im Vorfeld der Kirchenwahlen 1928: Einladung Münchmeyers*

Im Spätsommer des Jahres 1928 wurde es erneut in der Kirchengemeinde unruhig. Am 11. 9. 1928 lag dem Presbyterium ein Antrag vor,

<sup>74</sup> EvKH, PB 29. 3. 1927 TOP 1.

<sup>75</sup> Stählin, W., *Via Vitae. Lebenserinnerungen*, Kassel 1968, S. 180.

<sup>76</sup> Ebd. S. 186.

<sup>77</sup> Ebd. S. 264.

<sup>78</sup> EKvW-Pa, Boeddinghaus an den Generalsuperintendenten v. 1. 10. 1927.

<sup>79</sup> Hatt.Z. 16. 7. 1927.

<sup>80</sup> EKvW-Pa, Boeddinghaus an den Generalsuperintendenten v. 1. 10. 1927.

„P. Münchmeyer“ zu einem Vortrag einzuladen. Das Presbyterium beschloß zunächst, erst dann über den Antrag zu entscheiden, wenn klar gestellt sei, daß ein gegen Münchmeyer laufendes Verfahren abgeschlossen sei und mit der Rehabilitierung Münchmeyers geendet habe. Außerdem sollte festgestellt werden, ob dieser sich bereitfände, den Inhalt seines Vortrages bekanntzugeben.<sup>81</sup> Am 29. 9. 1928 entschloß sich das Presbyterium schließlich, eine offizielle Einladung auszusprechen, den Vortrag jedoch erst nach den Kirchenwahlen halten zu lassen. Münchmeyer wurde weiterhin gebeten, sein vorgeschlagenes Thema zu ändern und in seiner Rede „von jeder parteimäßigen Einstellung abzu-  
sehen“.<sup>82</sup> Ludwig Münchmeyer, 1885 geboren, war der bekannteste aus der kleinen Schar evangelischer Pastoren, die sich Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre für die NSDAP einsetzten. Lange Zeit war er in der Gemeinde Borkum beschäftigt, die für ihren antisemitischen Charakter weithin bekannt war. 1926 verlor er wegen sittenwidrigen Verhaltens in der lutherischen Landeskirche Hannovers das Pfarramt. In der folgenden Zeit wurde er zu einem der erfolgreichsten Parteiredner in Niedersachsen.<sup>83</sup>

Mit der Einladung Münchmeyers hatte sich in der Gemeindevertretung ein Geist durchgesetzt, der mit den ursprünglichen Intentionen der Vorträge Ehrenbergs nichts mehr gemeinsam hatte. Schließlich war man nicht nur bereit, einen militanten Antisemiten zu einem Vortrag zu bitten, sondern einen Mann, dem der Ruf eines Partei-Predigers mit erheblichen moralischen Mäkeln vorauseilte. Wußten die Presbyter von alledem nichts? Der 1. Beschluß sah aber die Informationsbeschaffung vor und setzte seinen schlechten Ruf geradezu voraus. Wußten die Presbyter, daß Münchmeyer bereits von Mitgliedern der NSDAP gebeten worden war, in der 2. Oktoberhälfte nach Hattingen zu kommen?<sup>84</sup> Dann könnte der Beschluß mit der Zielsetzung gefaßt worden sein, den Vortrag zumindest aus dem sich andeutenden Wahlkampf herauszuhalten. Wie auch immer der Informationsstand gewesen ist, die Entscheidung bringt zugleich prinzipielle Einstellungen gegenüber der NSDAP-Ortsgruppe zum Ausdruck:

a) Offenheit: Von den national-konservativ bzw. national-liberal orientierten Presbytern niemals als grundsätzliche politische Gegner wie Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrumsanhänger betrachtet, legten die Nationalsozialisten in der Gemeinde keine antikirchliche Haltung an den Tag. Wenn ihr politisches Wollen und ihr kirchliches

<sup>81</sup> EvKH, PB 11. 9. 1928 TOP 8.

<sup>82</sup> EvKH, PB 29. 9. 1928 TOP 10.

<sup>83</sup> Wrigth, J. R. C., Über den Parteien. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918–1933, Göttingen 1977, S. 172f.; Stockhorst, a. a. O., S. 302.

<sup>84</sup> Bundesarchiv Koblenz, NS 26, 136, Schreiben an Münchmeyer v. 9. 8. 1928.

Engagement – zwar mit Vorbehalten – begrüßt wurde, warum sollte man ihnen diesen Vortrag und eine stärkere Beteiligung in der Kirchengemeinde verwehren?

b) Furcht: Nicht alle Presbyter werden die Kirchenpolitik der NSDAP begrüßt haben. Manche dürften dem Vortrag daher zugestimmt haben, weil sie den wachsenden Druck der NSDAP durch Zugeständnisse auffangen und vermindern wollten. Andere werden die Befürchtung gehabt haben, ihren Sitz in der Gemeindevertretung zu verlieren, denn die NSDAP drohte nun an, eine eigene Liste zu den bevorstehenden Kirchenwahlen aufzustellen.

c) Hoffnung: Bei einem großen Teil der Gemeindevertreter stand offenbar die Erwartung positiver Folgen durch die Beteiligung der Nationalsozialisten im Vordergrund. Hatte die NSDAP nicht schon Dutzende von insbesondere jungen Menschen in die Kirche und in Gemeindeversammlungen gebracht, die bisher kaum Interesse am kirchlichen Leben gezeigt hatten? Versprach die sich ständig verstärkende Partei nicht, den versäumten Anschluß an die Arbeiterschaft zu ermöglichen?

Die skizzierten Denkhaltungen spielten sicherlich nicht nur bei der Entscheidung über Münchmeyers Vortrag sondern auch bei der folgenden Auseinandersetzung um die Einbeziehung von Nationalsozialisten in die Arbeit der Gemeindegremien eine wichtige Rolle.

## 6. Die Kirchenwahlen 1928 in der Stadt Hattingen

### 6.1 Der „Fall Dinter“

In den nun folgenden Teilen soll es um den ungewöhnlichen Wahlkampf in der Kirchengemeinde Hattingen gehen. Nicht nur die Inhalte und Träger sondern auch die Form und das Ausmaß der öffentlichen Auseinandersetzungen fielen aus dem Rahmen üblicher kirchlicher Wahlkämpfe. Mehr als 20 Stellungnahmen zu den Gemeindevahlen wurden in der Hattinger Zeitung veröffentlicht. Das Evangelische Westfalen sprach im nachhinein von einer „Pressefehde, die dem uneteiligten Beobachter einen nicht restlos erfreulichen Einblick in die Vorgänge gestattete.“<sup>85</sup> Allein 6 Artikel erschienen von der NSDAP-Ortsgruppe oder führenden Funktionären der Parteiorganisation. Mit Flugblättern, Plakaten und Vorträgen auswärtiger Redner versuchten die Gruppierungen, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Als Beginn des öffentlichen Wahlkampfes kann der 17. 10. 1928 gesehen werden. An diesem Tag erschien folgendes NSDAP-Schreiben in der Hattinger Zeitung:<sup>86</sup>

<sup>85</sup> Das Evangelische Westfalen, Nr. 1, 1929, S. 6.

<sup>86</sup> Hatt. Z. 17. 10. 1928.

„Wie sehr zu Unrecht von gewissen religiösen Hetzern den Anhängern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei immer wieder angehängt wird, daß sie das wahre Christentum verleugneten und ihre Politik in die Religion und umgekehrt hineinbringen wollten, möge der nachstehende Bericht, bzw. der *eindeutige Standpunkt des Führers* der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, klipp und klar beweisen: Weimar, 16. Okt. (Drahtbericht) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtages von Thüringen gab der Abgeordnete Dr. Dinter die Erklärung ab, daß er nicht mehr Abgeordneter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sei. Der Parteiführer Hitler habe ihn aufgefordert, seine Kämpfe aufzugeben und aus der Partei auszutreten. Er habe das Ansinnen Hitlers abgelehnt, erkläre aber, daß er nach wie vor eine Politik vertreten werde, die im Interesse eines nationalsozialistischen Groß-Deutschlands liege.

Dinter, der durch seine Romanerfolge . . . eine Zeitlang in der völkischen Bewegung eine führende Rolle gespielt hat, unterließ auch in der Zeit, in der er zur Nationalsozialistischen Partei gehörte, seine Angriffe gegen die christliche Religion nicht. Die Tätigkeit Dinters hat schon wiederholt zu Gegensätzen zwischen *ihm und Hitler* geführt, der in allen religiösen Fragen eine *strenge Neutralität* betont. Die letzten Differenzen haben jetzt zu diesem Austritt geführt.“

Dr. A. Dinter gehörte zu den ältesten Mitstreitern Hitlers und war „zweifelloos der entschiedenste und markanteste Vertreter einer völkischen Religion unter den prominenten Führern der NSDAP“.<sup>87</sup> Mit seinem Ausschluß hatten sich jene in der Partei durchgesetzt, denen es um eine taktisch begründete neutrale Indifferenz in allen religiös-kirchlichen Fragen ging.<sup>88</sup> Genau dies war gemeint, wenn in dem Artikel von „strenger Neutralität“ gesprochen wurde. Die Abkehr von kirchenfeindlichen oder als kirchenfeindlich aufgenommenen völkisch-religiösen Konzeptionen war von Hitler in einem langen Prozeß mühsam durchgesetzt worden. Den Ausschluß Dinters nutzte nun die NSDAP, um ihren „christlichen“ Anspruch in der Öffentlichkeit zu unterstreichen. Hitler betonte dementsprechend am 27. 10. 1928:<sup>89</sup> „In unseren Reihen dulden wir keinen, der die Gedanken des Christentums verletzt . . . Diese unsere Bewegung ist tatsächlich christlich. Wir sind erfüllt von dem Wunsche, daß sich Katholiken und Protestanten finden mögen in der tiefen Not unseres Volkes . . .“

Vor diesem von kirchenpolitischer Neutralität geprägtem Bild der Partei muß man das Verhalten der Hattinger Ortsgruppe sehen. Sie unterstrich durch diese ausführliche Stellungnahme die Abkehr von

<sup>87</sup> Scholder, a. a. O., S. 118.

<sup>88</sup> Vgl. Meier, a. a. O., S. 48 ff.

<sup>89</sup> Scholder, a. a. O., S. 123.

völkisch-religiösen Konzepten, sie wagte aber nun bereits den Schritt von taktischer Zurückhaltung zur politischen Offensive gegenüber und in der evangelischen Kirche.

### 6.2 Propagandaoffensive der NSDAP-Ortsgruppe

Ein Blick in die Parteiliteratur oder die Hattinger Zeitung läßt erkennen, daß die NSDAP-Ortsgruppe mehrere Monate lang keine Versammlungen mit überregional bekannten Nationalsozialisten durchführte. Nun, unmittelbar vor den Kirchenwahlen, sollten innerhalb von 3 Wochen 3 prominente Parteiredner nach Hattingen kommen. Den Anfang machte am 18. 10. 1928 Wilhelm Kube, Gauleiter der Partei im Gau Ostmark und Fraktionsvorsitzender der noch kleinen NSDAP-Fraktion im preußischen Landtag.<sup>90</sup> Sein Thema lautete: „Die Lorbach-Affäre der DNVP“.<sup>91</sup>

Pastor a. D. Münchmeyer folgte ihm am 27. 10. mit dem Thema „Christentum und Deutschtum“.<sup>92</sup> Den Abschluß der Reihe stellte eine Versammlung mit Goebbels zum „10. Jahrestag der Revolution“ am 6. 11. 1928 dar.<sup>93</sup> Bestand ein Zusammenhang zu den bevorstehenden Kirchenwahlen? Was die Münchmeyer-Veranstaltung betrifft, so läßt sich die Frage eindeutig beantworten. Bereits Anfang August war Münchmeyer gebeten worden, kurz vor den Wahlen öffentlich in Hattingen zu sprechen und, wenn es ihm erlaubt sei, eine Predigt zu halten. In dem Schreiben an Münchmeyer hieß es u. a.:<sup>94</sup>

„Da nun die Gruppe der evangelischen Gemeinschaft (E. C.) stark arbeitet, um die Oberhand zu bekommen, müssen wir alles aufbieten, dies zu verhindern. Diese Gemeinschaft der ‚entschiedenen Christen‘ hat im vorigen Jahr hier den ehemaligen jüdischen Rabbiner Dr. Ehrenberger, jetzt evangl. Pfarrer in Bochum, sprechen lassen. Der Vortrag hat hier sehr viel Staub aufgewirbelt, da wir in der Diskussion tüchtig vom Leder gezogen haben.“

Offensichtlich wurde also an der ursprünglichen Absicht festgehalten, obwohl bereits ein anderslautender Presbyteriumsbeschluß vorlag. Die beiden Vorträge Kubes und Goebbels standen dagegen in keinem direkten Zusammenhang mit den Wahlen. Trotzdem ergibt die auffallende Ballung der Veranstaltungen einen Sinn:<sup>95</sup> Immer wieder wurde mit dem konservativen, deutsch-nationalen, vorwiegend prote-

<sup>90</sup> Stockhorst, a. a. O., S. 254.

<sup>91</sup> Hatt. Z. 24. 10. 1928.

<sup>92</sup> Hatt. Z. 25. 10. 1928.

<sup>93</sup> Hatt. Z. 8. 11. 1928.

<sup>94</sup> Bundesarchiv Koblenz, NS 26, 136, Schreiben an Münchmeyer v. 9. 8. 1928.

<sup>95</sup> Die Konzentration auf eine relativ kleine Zielgruppe war ungewöhnlich, weil die NSDAP-Ortsgruppe in der Regel bemüht war, durch eine Veranstaltungsreihe möglichst viele verschiedene Gruppen anzusprechen.

stantischen Mittelstand die gleiche soziale Gruppe angesprochen. Gerade dieser Personenkreis war es auch, der durch die Beteiligung prominenter Nationalsozialisten an den Kirchenwahlen, durch das demonstrative Engagement in der Kirchengemeinde umworben werden sollte.

### 6.3 Bildung der Deutsch-Evangelischen Wahlvereinigung

Den Wahlen im Bezirk Stadt Hattingen ging, wie bereits gesagt, ein ungewöhnlicher Kampf zwischen den auftretenden Gruppen voraus. Am 20. 10. 1928 veröffentlichte zunächst die Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung in der Hattinger Zeitung ihre Richtlinien:<sup>96</sup>

„1. Grundlage unseres Glaubens und Lebens ist das Evangelium, dessen Tiefe und Reinheit durch die großen Reformatoren unserem Volke neu erschlossen worden ist.

2. Die evangelische Freiheit schließt ein die Achtung vor der Wissenschaft, ohne die ‚das Wort Gottes‘ nicht richtig erklärt und verkündet werden kann.

3. Im Vordergrund stehen die praktischen Aufgaben des Christentums, d. h. die sozialen Aufgaben im weitesten und tiefsten Sinne.

4. Unter diesen tritt in unserer Zeit der Not und Unterdrückung des deutschen Volkes die heilige Pflicht gegen Volk und Vaterland als eine der vornehmsten christlichen Aufgaben hervor.

5. In der Zeit des Machtaufstiegs der römisch-katholischen Kirche gilt es, auf der Wacht zu sein zum Schutze der Belange evangelischen Christentums insbesondere vor dem politischen Katholizismus.“

Diese Richtlinien fanden bei allen kirchlichen Vereinen der Stadt Hattingen Unterstützung. Genannt wurden der Ev. Arbeiter- und Bürgerverein, die Frauenhilfe, der Ev. Bund, der Ev. Gesellenverein, der Männer- und Jünglingsverein, der Kirchenchor, die Vereinigung Ev. Akademiker und der Hattinger Lehrerverein. Der Aufzählung folgte der Zusatz, daß sich außerdem eine „Gruppe evangelischer Nationalsozialisten“ angeschlossen habe, „die ursprünglich die Absicht hatte, einen besonderen Wahlvorschlag einzureichen, beim Beitritt zur deutsch-evangelischen Wahlvereinigung aber die Erklärung abgegeben hat, daß sie die Richtlinien der Wahlvereinigung rückhaltlos anerkenne, und daß es ihr völlig fern liege, Politik in die Kirche hineinzubringen“.

Für die Erklärung dieses Zusammenschlusses mit Vertretern der Hattinger NSDAP, die später unter der Bezeichnung „deutsch-protestantische Wahlgruppe“<sup>97</sup> auftraten, ist es notwendig, einige Organisationen etwas näher zu betrachten:

<sup>96</sup> Hatt. Z. 20. 10. 1928.

<sup>97</sup> Hatt. Z. 17. 11. 1928.

Die *Vereinigung evangelischer Akademiker* wurde im Januar 1927 auf eine Initiative des bereits bekannten Studienrates Etterich hin ins Leben gerufen. Er hatte hier maßgeblichen Einfluß.<sup>98</sup>

Vertreter des *Männer- und Jünglingvereins* in der Wahlvereinigung war Julius L.<sup>99</sup> Seine niedrige Parteinummer (47957) weist ihn als frühes Mitglied der NSDAP aus.<sup>100</sup>

Dem Kreis der aktiven, engagierten und mitbestimmenden Mitglieder des *Ev. Gesellenvereins* gehörten mit Etterich, Gustav H., Adolf S., u. a. eine ganze Reihe „alter“ Nationalsozialisten an.<sup>101</sup>

Der *Evangelische Bund* stand seit langem unter der Leitung von Dr. G.,<sup>102</sup> später militanter Kreisleiter der „Deutschen Christen“.<sup>103</sup> Die Hattinger Gruppe entsprach dem antikatholischen und politischen Bild des Evangelischen Bundes insgesamt, der schon 1924 klar und deutlich für die völkische Bewegung eingetreten war.<sup>104</sup>

Im *Hattinger Lehrerverein* waren wiederum erneut Etterich, Schepmann, Dr. G. u. a. vertreten, die eine entsprechende Willensbildung beeinflussen konnten.

Der Überblick über die Personalstrukturen einiger Vereine muß oberflächlich bleiben. Dennoch dürfte deutlich werden, daß in vielen der beteiligten Gruppen Anhänger oder Sympathisanten der NSDAP bereits 1928 relativ stark vertreten waren und sich in die Meinungsbildung aktiv einschalten konnten.

Für die Bildung der Wahlvereinigung dürfte darüber hinaus eine Rolle gespielt haben, daß ihr Initiator Dr. Etterich<sup>105</sup> im Kreis der national eingestellten Protestanten immer stärkere Anerkennung gefunden hatte, denn Etterich engagierte sich intensiv in den Kriegervereinen der Stadt. Dem „Verein zur Errichtung einer Kriegergedenstätte“, der von zahlreichen Kriegerverbänden und den vielfältig mit

<sup>98</sup> Hatt. Z. 21. 1. 1927.

<sup>99</sup> Hatt. Z. 17. 11. 1928.

<sup>100</sup> Alle Mitgliedsnummern wurden entnommen: Beck, F. A., Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938, S. 3–15. Beck listet die Parteimitglieder des Gaus auf, die ein Goldenes Parteiabzeichen erhielten, also eine Mitgliedsnummer zwischen 1–100000 trugen und ununterbrochen der Partei angehörten. Da die Partei die Marke von 100000 Mitgliedern 1928 überschritt, kann mit Hilfe der Nummern ein großer Teil der frühen Parteimitglieder in Hattingen identifiziert werden.

<sup>101</sup> Hatt. Z. 31. 1. 1929 u. 1. 8. 1931.

<sup>102</sup> Hatt. Z. 20. 2. 1928.

<sup>103</sup> Linneweber, U., Nationalsozialistische Kirchenpolitik vor Ort bis 1934: Das Beispiel der Stadt Hattingen, Hattingen 1983, S. 97–111.

<sup>104</sup> Vgl. Scholder, a. a. O., S. 136.

<sup>105</sup> Etterich wurde von Boeddinghaus, Ehrenberg u. a. als Gründer bezeichnet.

diesen verbundenen evangelischen Vereinen getragen wurde, gehörte er als 2. Vorsitzender an.<sup>106</sup>

#### 6.4 Erste öffentliche Gegenstimmen

Die Gründung der Wahlvereinigung wurde in den Reihen der kirchlichen Vereine nicht widerspruchlos hingenommen. Ein anonym Kritiker, offenbar Mitglied des Ev. Bundes beschrieb den Gründungsprozeß in der Hattinger Zeitung folgendermaßen:<sup>107</sup> Der „geistige Führer“ der Vereinigung, der bereits 1920 die „freie Volkskirche“ ins Leben gerufen habe, habe seine nationalsozialistischen „Gesinnungsgenossen“ in den verschiedenen kirchlichen Gruppen und Vereinen zum Zwecke der Bildung einer Vereinigung und der Aufstellung eines Wahlvorschlages eingeladen. Der beschlossene Vorschlag sei erst nachträglich, z. T. hinter dem Rücken und trotz erheblicher Bedenken der Mitglieder von den Vorständen abgesegnet worden.

Der Kritiker gab auch zu bedenken, daß sich die freie Volkskirche und die Nationalsozialisten in der Forderung einig wären, die hieße: „Heraus mit dem Alten Testament aus der Bibel“. Im übrigen müsse die Zusage der Nationalsozialisten, sich kirchlich engagieren zu wollen, bereits aufgrund ihres hetzerisch-unchristlichen politischen Stils in Zweifel gezogen werden.

„Mehrere Mitglieder des evgl. Bundes“ bezweifelten einige Tage später ebenfalls die Korrektheit der Zustimmung ihres Vorstandes.<sup>108</sup> Die Mitgliederversammlung habe ausdrücklich beschlossen, daß „politische Parteien als solche“ nicht berücksichtigt werden dürften. Trotz dieses Vorbehaltes wären nun anerkannte Führer der NSDAP an herausragender Position in dem Wahlvorschlag zu finden.

#### 6.5 Auseinandersetzungen um die Vorträge von Ehrenberg und Münchmeyer

Wie von den Nationalsozialisten beabsichtigt, verursachte die Veranstaltung mit Münchmeyer beträchtlichen Wirbel. Am 25. 10. wurde die Versammlung mit folgender Anzeige angekündigt, die Organisatoren blieben zunächst verborgen:<sup>109</sup>

„Öffentliche Volks-Versammlung. Der bekannte Vorkämpfer für echtes Deutschtum und wahres Christentum – Herr Pfarrer Münchmeyer-Borkum – spricht Samstag 27. Oktober, abends 8 Uhr im Weiltor-

<sup>106</sup> Etterich, W., Das Kriegerehrenmal der Stadt Hattingen an der Ruhr, S. 40. Im Raum Hattingen waren mehr als 5000 Personen in Kriegervereinen organisiert. Nach: Petras, Völkische Bewegung . . ., S. 19.

<sup>107</sup> Hatt. Z. 23. 10. 1928.

<sup>108</sup> Hatt. Z. 29. 10. 1928.

<sup>109</sup> Hatt. Z. 25. 10. 1928.

saal. Thema: Christentum und Deutschtum! Freie Aussprache. Die Einberufer.“

Leider ist der Zeitungsbericht über die Versammlung nicht mehr vorhanden. Immerhin können aber einige Leserbriefe Aufschluß über die Rede Münchmeyers geben.

#### 6.5.1 Ernst Schreiber: *Hattinger Zeitung* vom 31. 10. 1928

Zunächst meldete sich am 31. 10. 1928 Rektor Ernst Schreiber zu Wort.<sup>110</sup> Schreiber, ein aktives Mitglied der DNVP,<sup>111</sup> war 1. Vorsitzender der Kirchlichen Gemeinschaft in Hattingen, die etwa 100 Mitglieder zählte, und seit mehreren Jahren Vorsitzender des „Rheinisch-Westfälischen Landesverbandes der Jugendbünde für entschiedenes Christentum“.<sup>112</sup> Er schrieb: „In seinem . . . Vortrag schilderte Herr Pfarrer Münchmeyer sachlich und überzeugend die Not unseres geknechteten Volkes. Es war ein Genuß, ihm in diesem Teil . . . zuhören zu dürfen. Dann ging er über zu der . . . Judenfrage. Auch hier konnte man ihm noch in sehr vielen Dingen folgen. Es ist ein Jammer, daß dies Volk, das nur 1% der Bevölkerung bildet, überall die Führung hat. Ein wenig Bescheidenheit – so drückte Ad. Stöcker es einst aus – wäre wahrlich am Platze.“

Harte Kritik erntete Münchmeyer aber dort, wo er religiös-biblich argumentierte. Münchmeyer, betonte Schreiber, habe unbequeme Wahrheiten verschwiegen. Er habe die Bibel zwar als Beweismittel benutzt, unliebsame Stellen aber bewußt unterschlagen. So habe er jene Stellen genannt, die ein Lob Jesu über den Glauben von Nichtjuden enthalten, das besondere Lob des Juden Zacheus aber nicht erwähnt. Münchmeyers Bild von den Juden als dem „unverbesserlichen Volk“ hielt Schreiber für ebensowenig biblisch belegbar wie dessen Darstellung von Petrus als „Typ eines treulosen Juden“ und von Paulus als dem „Kronzeugen“, „der selbst keinen Glauben an die Rettung seiner Stammesgenossen gehabt habe“. Schließlich habe sich Münchmeyer allein auf das Wort „Liebet das Gute, hasset das Arge“ konzentriert und die Forderung, auch die Feinde zu lieben, bewußt ignoriert. Schreiber fuhr fort:

„Herr Pastor M. zeigte Jesus im Kampfe mit dem Judentum seiner Zeit . . . Damit ist aber noch nicht gesagt, daß das Christentum nicht

<sup>110</sup> Schreiber gab sich am 9. 11. 1928 in der *Hattinger Zeitung* als Autor des Briefes zu erkennen.

<sup>111</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen. Schreiber war von 1919–1924 als Stadtverordneter der DNVP tätig. 1924 nahm er die Funktion eines Vertrauensmannes ein und wurde 1929 für die Stadtverordnetenwahl vorgeschlagen.

<sup>112</sup> Haus Friede (Hg.), 50 Jahre Haus Friede. Berichte und Bilder aus Gegenwart und Vergangenheit, o. O. 1974, S. 5, 24.

auch *aus* dem Judentum hervorgegangen ist. Dieser Kampf führte zu seinem Tode am Kreuz. Woher nimmt Herr Pastor M. das Recht, zu sagen: „Blondköpfige Germanen wären zu solcher Schandtat nicht fähig gewesen?““

Warum, fragte Schreiber weiter, sollte „der Germane – Angehöriger einer hochwertigen Rasse“ Christus näher stehen und vor Gott mehr gelten als andere Menschen. In die Erlösung durch Jesu Tod seien alle Menschen unterschiedslos einbegriffen. Schreibers Gesamturteil: „Zusammenfassend sei gesagt, daß der *Politiker* M. eine heiße Liebe für sein geknechtetes Volk und Vaterland empfand, und daß man sich wundern mußte über den Mut, mit dem er das Ziel verfolgte, ihm aus seiner Lage zu helfen. Der *Pfarrer* M. dagegen wäre für unsere Kirche ein Unglück, und es ist ein Segen, daß er es nicht mehr ist.“

In seinem Vortrag vertrat Münchmeyer also Positionen, die einige Jahre später radikale Teile der „Glaubensbewegung Deutscher Christen“ kennzeichnen sollten. War Schreibers Erklärung 1928 ein glühendes Plädoyer gegen jede „arische Theologie“, so wurden jedoch gleichzeitig Einstellungen erkennbar, die später die Barrieren zur NSDAP und zur Glaubensbewegung zumindest zeitweise überbrücken ließen. Ein fest verankerter Nationalismus und von Stoecker geprägte Vorbehalte gegenüber der Stellung der Juden in der deutschen Gesellschaft mußten nur noch durch die Hoffnung auf eine christliche Erneuerung des deutschen Volkes ergänzt werden.

#### 6.5.2 *Rudolf am Wege: Hattinger Zeitung vom 3. 11. 1928*

Rudolf am Wege, Leiter der Versammlung mit Münchmeyer,<sup>113</sup> reagierte auf Schreibers Kritik mit einer ausführlichen Gegendarstellung. Justizinspekteur am Wege, der den Hattingern als ehemaliger Ortsgruppenleiter der NSDAP kein Unbekannter war,<sup>114</sup> warf dem Kritiker vor, er urteile widersprüchlich, wenn er den Politiker Münchmeyer lobe, ihm aber das Recht abspreche, als Pfarrer zu wirken. Im übrigen habe Münchmeyer sein Pfarramt freiwillig niedergelegt und sei jederzeit wählbar. Er ergänzte:

„Wie würde Dr. Martin Luther zu Ihrem und Ihrer Gesinnungsgenossen Handeln stehen und wie würde Dr. Martin Luther den Pfarrer a. D. Münchmeyer in seinem unerschrockenen Auftreten für Reinheit und Wahrheit beurteilen! Münchmeyer will das deutsche Volk über seine Irrwege aufklären, er will den Christen beweisen, mit Jesus und

<sup>113</sup> Hatt. Z. 18. 11. 1928.

<sup>114</sup> Beck, a. a. O. S. 224–229. R. am Wege war vom 1. 7. 1926–5. 8. 1928 Ortsgruppenleiter in Hattingen. Er wurde möglicherweise sofort anschließend Leiter der NSDAP des Kreises Hattingen, da er 1929 zum Bezirksleiter für den neugebildeten Ennepe-Ruhr-Kreis ernannt wurde.

Dr. Martin Luthers Leben und Worten, daß es ein Wahnsinn, ja ein Verbrechen ist, sich mit dem Antichristen zu verbinden, um der christlichen Idee zum Siege zu verhelfen . . . Warum verschweigen Sie der Öffentlichkeit, daß gerade Dr. Martin Luther vor den Juden warnte und sie die Verderber der christlichen Lehre nannte.“

Zu seinem Bibelverständnis führte er weiter aus:

„Die Bibel ist ein historisch entstandenes Gebilde, das uns in Tausenden von Bruchstücken überliefert ist, . . ., und es ist beim heutigen Stand der Forschung schon nicht schwer, nachzuweisen, welche Veränderungen in den überlieferten Bruchstücken des neuen Testaments unter den alexandrinischen Judenprofessoren im jüdischen Sinne vorgenommen worden sind . . . Jedenfalls haben wir als deutsche Christen das Recht für unsere Auffassung, die unserem Blute entsprechenden Stellen in Anspruch zu nehmen.“

Zum Unterschied zwischen Juden und Germanen hieß es:

„Jeder weiß, daß Jesus nicht von einem beliebigen Verbrecher überfallen und gemordet wurde sondern daß das Gericht ihn aburteilte, ihn auf Wunsch der Juden zum Kreuzestod verurteilen mußte . . . Und Sie halten es für möglich, daß Germanen wie wir Deutsche die Gerichte zwingen würden, den edelsten Menschen, der nur gekämpft für Wahrheit und gegen das Schlechte, diesen Jesus zum Tode zu verurteilen.“

Abschließend bezichtigte R. am Wege Schreiber, seinerseits verschwiegen zu haben, daß Ehrenberg vom Ev. Konsistorium in Münster Veranstaltungen, wie sie 1927 in Hattingen stattgefunden hatten, verboten worden seien. Man habe die „verderblich verwirrende“ Wirkung seiner Vorträge erkannt. Und im Wortlaut:

„Ich glaube, es ist der Wunsch vieler Mitchristen, daß derartige Geistliche hoffentlich bald von der Bildfläche verschwinden.“

### 6.5.3 Pastor Boeddinghaus: Hattinger Zeitung vom 6. 11. 1928

Pastor Boeddinghaus reagierte nach telephonischer Rücksprache mit Ehrenberg mit der öffentlichen Aufforderung, R. am Wege möge doch für seine Behauptungen, die Ehrenberg betrafen, den Nachweis erbringen. Offensichtlich sei dies aber nicht möglich. Der Generalsuperintendent habe vielmehr auch nach den Vorträgen Ehrenberg sein Vertrauen bekundet, ebenso der Provinzialkirchenrat, der ihm eine besondere provinzialkirchliche Aufgabe übertragen habe. Der Konsistorialpräsident habe Ehrenberg schließlich auch in amtlicher Funktion erklärt: „Wir haben gerne ersehen, mit welchem Ernste Sie darauf bedacht gewesen sind, der christlichen Gemeinde zu einer am Neuen Testament orientierten Stellung zum jüdischen Volke und zu den mit dem Erstarken der antisemitischen Bewegung auch in unserem Volke auftretenden Problemen zu verhelfen.“

#### 6.5.4 Rudolf am Wege: *Hattinger Zeitung* vom 9. 11. 1928

R. am Wege wiederholte daraufhin seine ursprünglichen Behauptungen nicht mehr. Statt dessen hieß es nun, die größere Gemeindevertretung, das Presbyterium und die Pfarrer hätten in ihrer großen Mehrheit den Inhalt der Vorträge Ehrenbergs mißbilligt und ihr Bedauern über die Einladung gezeigt. Die von Boeddinghaus wiedergegebenen Urteile des Konsistoriums und des Generalsuperintendenten bezeichnete er als befremdlich und doch wahrscheinlich unvollständig wiedergegeben. Vermutlich seien jene über die Vorträge nur unzulänglich informiert worden, denn Ehrenberg habe eindeutig „unter Verherrlichung seiner eigenen jüdischen Rasse“ argumentiert. Eine erneute Wiedergabe seiner Reden sei nicht notwendig.

„Auch dürfte es sich erübrigen, auf den Inhalt des Talmuds, der bekanntlich viele und kaum zu fassende Beleidigungen für uns Christen (teufliche Beschimpfungen Jesus, der als Abgott, geboren in Unzucht geboren in Ehebruch, geschmäht wird) enthält und der, wie Herr Prof. Dr. Ehrenberg . . . zugab und was uns arischen Christen ungeheuerlich erscheint, noch heute für die Juden maßgebend ist.“

#### 6.5.5 Ernst Schreiber: *Hattinger Zeitung* vom 9. 11. und 10. 11. 1928

Am 9. und 10. 11. 1928 meldete sich erneut Rektor Schreiber zu Wort. Er fühlte sich durch die Ausführungen am Weges in seinem Urteil bestätigt, daß sich Münchmeyers Aussagen mit der Heiligen Schrift, den Worten Luthers und den Bekenntnisschriften der Landeskirche nicht verträgen. Schreiber unterstrich, daß sich viele Behauptungen des Nationalsozialisten R. am Wege bereits als unwahr erwiesen hätten, und gab nun seinerseits detaillierte Informationen des Hannoverschen Landeskirchenamtes über Münchmeyer den Lesern bekannt. So sei Münchmeyer zunächst disziplinarrechtlich mit einem Verweis bestraft worden, er habe aber nach Ankündigung eines erneuten Verfahrens sein Pfarramt niederlegen müssen. Nachdem er unter Täuschung der zuständigen Stellen Amtshandlungen vorgenommen habe, sei ihm letztlich auch noch der Pfarrertitel entzogen worden. Es sei schon merkwürdig, betonte Schreiber, daß man gerade solch einen Mann auswähle, um die Hattinger zum wahren Christentum zu führen.

#### 6.5.6 Pfarrer Ehrenberg: *Hattinger Zeitung* 12. 11. 1928

Zwei Wochen, nachdem die Nationalsozialisten durch die Veranstaltung mit Münchmeyer die Diskussion über die Vorträge Ehrenbergs erneut in Gang gesetzt hatten, ließ der Bochumer Pfarrer eine eigene Erklärung in die *Hattinger Zeitung* aufnehmen. Auch aus seiner Sicht schien das Konsistorium niemals vollständig und objektiv informiert

worden zu sein. In seiner Antwort auf Etterichs Beschwerdebrief habe er einige Unwahrheiten korrigieren müssen, die Zitate und Kritikpunkte seien von diesem aber „formell im wesentlichen richtig wiedergegeben“. Aber das „durch die herausgerissenen Stellen entstehende einseitige Bild“ von seinen Vorträgen habe er noch nicht verbessern können. Auf seine kurze Stellungnahme zu Etterichs Schreiben sei dann jene, von Boeddinghaus erwähnte „einmalige Äußerung des Konsistoriums“ gemacht worden.

Dem Konsistorium gegenüber erklärte Ehrenberg einige Tage später, daß Boeddinghaus nach dem Eingreifen der Nationalsozialisten telephonisch mit ihm Kontakt aufgenommen habe.<sup>115</sup> Aufgrund dieses Gesprächs sei der am 6. 11. veröffentlichte Brief verfaßt worden. Dazu Ehrenberg: „Die Äußerung des Herrn Generalsuperintendenten war von mir nicht für die Veröffentlichung gesagt worden, die ich mir ganz kurz gedacht habe. Ebenso habe ich die Zugehörigkeit zur Prov.komm nicht als eine Auszeichnung ... empfunden, geschweige bezeichnet. Die ganze Erklärung erschreckte mich und war mir persönlich unangenehm.“

#### 6.5.7 Schreiben Hattinger Nationalsozialisten vom 13. 11. 1928<sup>116</sup>

Am 13. 11. 1928 wurde nun bereits der 2. Versuch unternommen, die kirchlichen Behörden, inzwischen auch mit dem Mittel der Drohung, gegen Pfarrer Ehrenberg aufzubringen und ihr Verhalten gegenüber dem Antisemitismus zu beeinflussen. R. am Wege, Heinrich E. und F. Buchenau, letzter war bereits 1924–25 Stadtverordneter des Völkisch-Sozialen Blockes gewesen<sup>117</sup> und inzwischen SA-Führer in Hattingen<sup>118</sup>, sandten folgendes Schreiben an den Generalsuperintendenten D. Zöllner:

„500 evangelische Nationalsozialisten der Stadt Hattingen, die treu zur evangelischen Kirche stehen, haben mit Erschütterung das Urteil des Herrn Generalsuperintendenten und des Konsistoriums über die Vorträge des Herrn Pfarrers Prof. Dr. Ehrenberg ... gelesen. Wir können nicht glauben, daß diese ... Sätze das vollständige Urteil ... über die Vorträge enthalten, da in diesen die Judenfrage vorwiegend nicht vom religiösen, sondern vom rassistischen und politischen Standpunkt aus behandelt worden ist.

Wir können nicht glauben, daß eine die Oberaufsicht leitende Behörde unserer Kirche es billigt, daß ein rassenbewußter Jude als evangelischer Geistlicher vom rassistischen Standpunkte aus die deutschen

<sup>115</sup> EKvW-Pa, Ehrenberg an das Ev. Konsistorium v. 24. 11. 1928.

<sup>116</sup> EKvW-Pa, Buchenau, H. E., am Wege an den Generalsuperintendenten v. 13. 11. 1928.

<sup>117</sup> Fischer/Schappei, a. a. O., B 10.

<sup>118</sup> Wasserloos, a. a. O., Anhang.

evangelischen Christen über den politischen Antisemitismus belehren soll. . . .

Sollte der dortigen Stelle der Inhalt der Vorträge . . . bekannt sein und der ‚offene Brief‘ des Herrn Pfarrers Boeddinghaus das Urteil . . . vollständig enthalten, so wären wir im Interesse der Reinhaltung der deutschen evangelischen Kirche gezwungen, gegen diese Einstellung mit allen Mitteln anzukämpfen.“

#### 6.5.8 R. am Wege und W. Etterich: *Hattinger Zeitung* vom 13. 11. 1928

Die Agitation gegen Ehrenberg wurde am gleichen Tag mit Leserbriefen von R. am Wege und W. Etterich fortgesetzt. Etterich legte dar, daß er seinerzeit auf den Rat eines Vertreters des Konsistoriums einen Brief an den Generalsuperintendenten gerichtet habe, in dem er selbstverständlich Bericht und Kommentar auseinander hielt und „die einfachste Forderung der Objektivität“ erfüllte. Er habe sogar in der Zusammenfassung geschrieben, daß „Ehrenbergs eigenartiges Judentum nicht so scharf hervortrat, wie es hier durch Zusammendrängung der . . . Äußerungen erscheint.“ Schließlich habe er nur erreichen wollen, daß man Ehrenberg drängt, auf solche Vorträge über die Judenfrage zu verzichten. Im übrigen sei er selbst nach den Vorträgen Ehrenbergs Opfer anonymer Beschuldigungen geworden, die darauf abzielten, gegen ihn und den „völkischen oder völklichen Gedanken“ zu hetzen.

Etterich ließ die deutlichsten antisemitischen Passagen und Ehrenberg persönlich angreifende Äußerungen unerwähnt und versuchte sich ein liberales Gewand zu geben. Als bekannter Initiator und Wortführer der Deutsch-Evangelischen Wahlvereinigung mußte er wohl auch auf allzu deutliche Worte verzichten. Im ganzen stellte der akademisch gehaltene Stil Etterichs eine passende Ergänzung zu dem kämpferisch-derben Antisemitismus eines R. am Wege dar, weil er latent vorhandene antisemitische Einstellungen zweifellos besser ansprach.

#### 6.5.9 NSDAP-Ortsgruppe: *Hattinger Zeitung* vom 15. 11. 1928

Wenige Tage vor den Wahlen griff Ortsgruppenleiter E. Stürtz für die NSDAP erneut zum Mittel der öffentlichen Erklärung. Die Ortsgruppe, hieß es, habe Münchmeyer nicht selbst nach Hattingen gerufen. Münchmeyer und R. am Wege seien zwar Mitglieder der Partei, sie hätten aber aus eigener Initiative als evangelische Christen gehandelt. Dr. Etterich sei überhaupt kein Mitglied der NSDAP. In der Partei sei die Diskussion konfessioneller religionspolitischer Fragen durch das Organisationsstatut verboten. Er könne deshalb zu den Kirchenwahlen nicht Stellung nehmen und habe jede Auseinandersetzung hierüber in den Parteiveranstaltungen untersagt. In der Ortsgruppenleitung seien

natürlich auch Personen, die nicht der ev. Kirche angehörten und mit diesen Fragen nicht behelligt werden wollten. Jene wollten aber auch „ihre evangelischen Parteigenossen nicht in Gewissenskonflikte bringen“. Selbstverständlich dürften jedoch Mitglieder außerhalb der Partei für ihre religiöse Überzeugung eintreten, sofern sie das mit „den Gepflogenheiten eines *anständigen deutschen Mannes* verträgt“. Wer hingegen die NSDAP selbst in die Diskussion religiöser Fragen hineinziehen wolle, müsse mit der rücksichtslosen Antwort der Partei rechnen.

Offensichtlich distanzierte sich die Ortsgruppenleitung von R. am Wege, Etterich u. a. mit dem Ziel, dem immer stärker werdenden Eindruck entgegenzutreten, als binde sich die NSDAP konfessionell und gäbe den gerade im Fall Dinter durchgesetzten Grundsatz bereits wieder auf. Dies beinhaltete selbstverständlich keine Distanz in der Sache, d. h. zu dem, was diese Personen in der evangelischen Kirche durchsetzen wollten. Um eine konfessionelle Festlegung zu vermeiden und das Engagement der Partei im kirchlichen Wahlkampf zumindest teilweise zu verdecken, erhielt die Gruppe evangelischer Nationalsozialisten in der letzten Veröffentlichung der Wahlvereinigung die Bezeichnung „deutsch-protestantische Wahlgruppe“.<sup>119</sup>

#### 6.5.10 Verhalten der Kirchenbehörden

Die konzentrierte Kampagne der Nationalsozialisten hinterließ nun auch erste Wirkungen in Münster. Das Konsistorium beauftragte Konsistorialrat Lic. Hymmen, ein Gutachten über Ehrenbergs Vorträge zu erstellen, die inzwischen 1½ Jahre zurücklagen.<sup>120</sup> In einem Schreiben vom 13. 12. 1928 wurden Ehrenberg Fragen und Bedenken mit der Bitte mitgeteilt, hierzu Stellung zu nehmen.<sup>121</sup> Nachdem Ehrenberg angekündigt hatte, die aufgeworfenen Fragen in einem Buch ausführlich zu behandeln, wurde er im Januar 1929 aufgefordert, von einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Schreiben des Konsistoriums abzu-  
sehen.<sup>122</sup> Am 26. 1. 1929 kam es zu einem ausführlichen Gespräch zwischen Hymmen und Ehrenberg. Einer Notiz Hymmens kann man entnehmen, daß in den Fragen nach dem Verhältnis von Gesetz und Israel, Altem Bund und Israel, Neuem und Altem Testament, Judentum und Christentum eine „sachliche Einigung oder Annäherung“ nicht erzielt werden konnte. Mit Sorge sah Hymmen dem angekündigten

<sup>119</sup> Hatt. Z. 17. 11. 1928. Ähnliche Erwägungen führten 1932 zu der allgemeinen Listenbezeichnung „Deutsche Christen“. Vgl. Scholder, a. a. O., S. 255–260.

<sup>120</sup> EKvW-Pa, Ehrenberg an das Ev. Konsistorium v. 23. 1. 1929.

<sup>121</sup> EKvW-Pa, Ehrenberg an das Ev. Konsistorium v. 29. 12. 1928.

<sup>122</sup> EKvW-Pa, Ev. Konsistorium an Ehrenberg v. 21. 1. 1929.

Buch entgegen, betonte aber auch, daß Ehrenberg „zugestanden werden müsse, auch etwas Befremdliches zu sagen.“<sup>123</sup>

Reagierte das Konsistorium damit angemessen auf die Vorwürfe der noch kleinen, militanten Partei? Ging es hier um eine intellektuelle, anspruchsvolle theologische Debatte? War dies nicht allzu deutlich eine theologisch verbrämte antisemitische Kampagne? Meinte man der Herausforderung gerecht zu werden, indem man das Opfer und nicht die Täter einer ausführlichen Kritik unterzog? Ein Jahr vor dem ersten großen Wahlerfolg der NSDAP wurden hier bereits Gefahren erkennbar, denen die Evangelische Kirche ausgesetzt war, wenn der politische Druck erst einmal erheblich zugenommen hatte.

Ehrenberg selbst mußte 1937 nach einem Ultimatum des Ev. Oberkirchenrates in den Ruhestand treten.<sup>124</sup>

### 6.6 Die kandidierenden Gruppen

In der Schlußphase des Wahlkampfes trat neben der „Deutsch-Evangelischen Wahlvereinigung“ und der „Liste der Kirchlichen Gemeinschaft“ die dritte kandidierende Gruppierung, die „Bekennnisliste“, an die Öffentlichkeit. Die beiden letzten Gruppen, die eine Listenverbindung eingegangen waren, lieferten sich mit der Wahlvereinigung eine erbitterte Auseinandersetzung. Zu den Gruppen im einzelnen:

#### 6.6.1 Die Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung

Die Wahlvereinigung wiederholte in einem Schreiben, das am 12. und 13. 11. 1928 veröffentlicht wurde, ihre Richtlinien im Wortlaut.<sup>125</sup> Durch die Schreibweise trat Punkt 1 des Kataloges, mit der Forderung, das Evangelium als Grundlage des Glaubens und Lebens zu betrachten, optisch in den Hintergrund. Man mag dies als eine Selbstverständlichkeit angesehen haben, die nicht mehr besonders unterstrichen werden mußte. Und doch wurde hierin bereits eine gewisse Akzentuierung erkennbar. Am 17. 11. 1928 wurde dies bestätigt:<sup>126</sup>

„Gleichwohl haben wir nicht das Bekenntnis, sondern die *praktischen* Aufgaben des Christentums in den Vordergrund gerückt, denn das Bekenntnis wird vielfach nur von den Lippen, nicht aus dem Herzen gesprochen. Die beste Gewähr aber für ein Herzenschristentum, die beste Frucht des Glaubens, das beste Bekenntnis einer christlichen Seele ist die *christliche* Tat.“

<sup>123</sup> EKvW-Pa, Notiz Hymmen v. 26. 1. 1929.

<sup>124</sup> Brakelmann, Hans Ehrenberg, a. a. O., S. 140–160.

<sup>125</sup> Hatt. Z. 12. u. 13. 11. 1928.

<sup>126</sup> Hatt. Z. 17. 11. 1928.

In der Forderung nach einem Christentum der Tat wurden die übrigen Richtlinienpunkte zusammengefaßt. So habe die evangelische Kirche die Aufgabe,<sup>127</sup> „als Dienerin eines lebendigen Christentums die Nöte unseres Volkes in der Gegenwart zu erkennen und ihm zur Überwindung dieser Nöte aus den Ewigkeitswerten der Religion und unter Weckung der sittlichen Kräfte des Volkes Rat und Beistand zu leisten.“ Was unter Punkt 2 der Richtlinien „Achtung vor der Wissenschaft“ zu verstehen war, wurde in der Abgrenzung von der Kirchlichen Gemeinschaft ersichtlich.<sup>128</sup>

„Demgegenüber vertreten wir eine liberalere, weitherzigere Auffassung von den Aufgaben unserer Kirchen: Sie läßt den Alten das Recht, am Herkömmlichen festzuhalten, räumt aber den Bestrebungen, Bibel und Christentum vom Standpunkte der modernen Weltanschauung zu erfassen, die sich auf eine Entwicklung der Wissenschaften . . . stützt, volle Gleichberechtigung ein.“

Am 17. 11. 1928 wurde das Selbstverständnis noch klarer:<sup>129</sup>

„Das engherzige Judenchristentum der ‚Gemeinschaft‘, die ungeachtet aller Fortschritte der Wissenschaft das ‚Alte Testament‘, die heilige Schrift der jüdischen Gemeinde, dem ‚Neuen Testament‘ gleichachtet und das ‚Wort Gottes‘ nach dem Buchstaben mehr als nach dem Geiste versteht, lehnen wir ab.“

Mehrfach ging die Wahlvereinigung auf die Kritik an der Beteiligung von Nationalsozialisten ein. Man verwies zunächst darauf, daß jene ursprünglich eine eigene Liste einbringen wollten, die „sicherlich mehr als 3 Sitze gewonnen hätte“. Sie hätten die Richtlinien anerkannt und die glaubwürdige Versicherung gegeben, allein kirchlichen Aufgaben zu dienen.<sup>130</sup> Am 17. 11. schrieb man weiter:<sup>131</sup>

„Wer wollte es verantworten, eine große Zahl von Gemeindegemeinschaften, die doch gleichberechtigt sind, zurückzuweisen, wenn sie in unserer Kirche arbeiten wollen? . . . Man sollte sich doch vielmehr freuen, wenn in einer Gruppe, die sich größtenteils aus Arbeiterkreisen zusammensetzt, ein neues kirchliches Interesse erwacht. Aber es gibt Leute von engem Geist in unserer Kirche, die möchten die Kirchentüren fest zuschließen, wenn jemand daran anklopft und Einlaß begehrt. Nein, wir sollen die Türen weit aufmachen für die, die in der Kirche Gott suchen wollen, vor allem für unsere Arbeiterschaft, die vielfach der Kirche entfremdet ist.“

<sup>127</sup> Hatt. Z. 12. 11. 1928.

<sup>128</sup> Ebd.

<sup>129</sup> Hatt. Z. 17. 11. 1928.

<sup>130</sup> Hatt. Z. 13. 11. 1928.

<sup>131</sup> Hatt. Z. 17. 11. 1928.

Den Vertretern der anderen Listen warf man dagegen vor, sich bei der Bildung der Wahlvereinigung lediglich nicht angemessen vertreten gesehen zu haben. Auch dort seien im übrigen Namen bekannter Kommunalpolitiker zu finden.<sup>132</sup>

### 6.6.2 Die Bekenntnisliste

Die Vertreter der Bekenntnisliste, wohl eher orthodox eingestellte Gemeindeglieder, erregten durch einen Handzettel Aufmerksamkeit, der in der Gemeinde in Umlauf gebracht wurde.<sup>133</sup> Hierin versuchten sie sich gegen den Vorwurf zur Wehr zu setzen, sie hätten die Aufstellung einer Einheitsliste aus eigennützigen Motiven verhindert. Sie versicherten, eine Einigung sei von den Betreibern der Wahlvereinigung verhindert worden. „weil man eben *politische Interessen über kirchliche Belange* stellte.“ Es seien nicht nur, wie die Vereinigung angäbe, zwei oder drei Nationalsozialisten an aussichtsreicher Stelle aufgenommen, sondern mindestens neun führende Mitglieder der NSDAP-Ortsgruppe und mehrere der Partei nahestehende Personen aufgestellt worden. Mehrere günstig platzierte Kandidaten hätten sich in der Kirchengemeinde bisher nicht engagiert, sie würden ihre Position offensichtlich dem Wunsch verdanken, vor allem „politische Persönlichkeiten... als Kirchenvertreter“ zu gewinnen. Die Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung sei im wesentlichen das Produkt einer Absprache zwischen Nationalsozialisten und Anhängern der freien evangelischen Volkskirche unter Führung von Dr. Etterich. Nur „nebenher“ seien einige ausgewählte Mitglieder kirchlicher Vereine zur Gründungsversammlung eingeladen worden. Die Richtlinien, in denen sich diese Verbindung zeige, würden den Satzungen verschiedener kirchlicher Vereine, etwa des Ev. Bundes widersprechen.

Als ein wesentlicher Streitpunkt mit der Wahlvereinigung wurde auch in einer späteren Erklärung<sup>134</sup> die Einbeziehung von Personen als Vertreter einer politischen Partei bezeichnet, zumal hiermit Hoffnungen geweckt würden, die aber nicht erfüllt werden könnten. So hätte man doch, gerade bei der Beteiligung der NSDAP, erwarten können, daß Arbeiter auf der Liste ausreichend berücksichtigt würden. Das sei aber offenbar nicht geschehen.

Es fällt auf, daß die politische Position der NSDAP an keiner Stelle erwähnt, erst recht nicht kritisiert wurde. Es ging allein um die Politisierung der Wahlen und damit auch der Gemeindegremien, die als schädlich und bekenntniswidrig empfunden wurde.

<sup>132</sup> Ebd.: An Polemik fehlte es nicht: „Diese ‚Bekenntnisliste‘ ist eine Geständnisliste, die zeigt, daß die positiven Ziele fehlen.“

<sup>133</sup> EvKH, Nr. 4R.

<sup>134</sup> Hatt. Z. 17. 11. 1928.

### 6.6.3 Die Liste der Kirchlichen Gemeinschaft

Nachdem der Vorsitzende der Kirchlichen Gemeinschaft Schreiber bereits mehrmals persönlich in die Auseinandersetzungen eingegriffen hatte, beschränkten sich die Vertreter der Gemeinschaft auf eine öffentliche Erklärung am Tage vor den Wahlen.<sup>135</sup> Sie legten dabei Wert auf die Feststellung, daß die Wahlvereinigung das Produkt der kirchlichen Linken sei, die sich nun den Einzug in die Kirchenvertretung verspräche. Mit Nachdruck bekannten sie sich zur „Unantastbarkeit des göttlichen Wortes“ und fuhrten fort:

„Was würde Luther dazu sagen, daß eine gottfeindliche Wissenschaft ein Blatt nach dem andern aus dem teuren Buche reißt und uns im Brustton der Überzeugung zuruft: ‚Im Namen der Wissenschaft!‘ Was heute gesicherte Ergebnisse der Wissenschaft sind, wird morgen in Frage gestellt. Gott will nicht mit dem Verstande erkannt, Gott will geglaubt werden. . . . Uns könnte bange werden bei dem immer mehr vordringenden Geist der Bibelkritik und Bibelablehnung . . .“

#### 6.6.4 Politische Zusammensetzung der kandidierenden Gruppen

Da die politische Zusammensetzung insbesondere der Wahlvereinigung im Wahlkampf eine wichtige Rolle spielte, sollen hierzu einige, sicherlich lückenhafte Informationen gegeben werden.

##### 6.6.4.1 Die Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung

Der Wahlvorschlag der Wahlvereinigung enthielt 37 Namen.<sup>136</sup> Mit Sicherheit lassen sich 11 Personen als Mitglieder der NSDAP identifizieren, von denen die meisten wohl als Parteimitglieder bekannt waren. Bei einigen beteiligten Personen dürfte der weitere politische Lebensweg nicht uninteressant sein.:

*Platz 4:* Wilhelm Schepmann gehörte zu den ersten und prominentesten Hattinger Nationalsozialisten. Er gründete 1925 die Hattinger SA, übernahm bereits 1926 die Leitung des Gau-SA-Verbandes.<sup>137</sup> 1929 wurde Schepmann zum Stadtverordneten,<sup>138</sup> 1932 zum Mitglied des Landtages, 1933 zum Mitglied des Reichstages gewählt. 1933 wurde er zum Polizeipräsidenten von Dortmund ernannt. Trotz verschiedener Säuberungen stieg er in der SA bis 1943 zum Stabschef auf.<sup>139</sup>

*Platz 8:* Julius L. war der Vertreter des Männer- und Jünglingsvereins in der Wahlvereinigung.

<sup>135</sup> Ebd.

<sup>136</sup> Hatt. Z. 12. 11. 1928.

<sup>137</sup> 15 Jahre NSDAP-Ortsgruppe Hattingen, Sonderausgabe der Hattinger Zeitung vom 16. 10. 1937, S. 4.

<sup>138</sup> Fischer/Schappei, a. a. O., B24.

<sup>139</sup> Stockhorst, a. a. O., S. 378.

*Platz 10:* Der Betriebsdirektor Ernst Arnold, ehemaliger Stadtverordneter der DNVP, kam 1929 für die NSDAP in den Magistrat der Stadt und nahm bis 1933 die Funktion eines Beigeordneten wahr.<sup>140</sup>

*Platz 19:* August U. wurde 1933 Stadtverordneter der NSDAP in Hattingen.<sup>141</sup>

*Platz 22:* Gustav H.

*Platz 25:* Heinrich Ro.

*Platz 27:* Dr. August R. nahm im Dritten Reich mindestens den Rang eines SS-Hauptsturmführers und Führers der SS-San.-Oberstaffel 69 ein.<sup>142</sup>

*Platz 28:* Bruno M.<sup>143</sup>

*Platz 32:* Adolf S. übernahm 1930 die Aufgabe des Kirchmeisters.<sup>144</sup>

*Platz 33:* Heinrich V. erhielt später die Bezeichnung eines SA-Sturm-bannführers.<sup>145</sup>

*Platz 35:* Albert Wallwey zählte 1926 zu den Gründern der Hitlerjugend in Hattingen.<sup>146</sup> Einige Jahre später nahm er bereits die hochrangige Funktion eines HJ-Gebietsführers ein und wurde 1937 Mitglied des Reichstages.<sup>147</sup>

Darüber hinaus kann von mindestens drei weiteren Vertretern der Vereinigung – Heinrich G.<sup>148</sup> (Platz 5), Dr. W. Etterich (Platz 16) und Adolf K.<sup>149</sup> (Platz 24) – angenommen werden, daß sie der NSDAP zumindest nahe standen.

Politische Aktivitäten in anderen Parteien lassen sich nur bei fünf vorgeschlagenen Personen nachweisen, von denen sich vier auf aussichtsreichen Positionen befanden.<sup>150</sup> Sie engagierten sich ausnahmslos für die DVP bzw. die Liste Heidbüchel, einer Abspaltung von der DVP. Bei dem bekanntesten Vertreter aus diesem Kreis handelte es sich

<sup>140</sup> Fischer/Schappei, a. a. O., B 24, 37.

<sup>141</sup> Ebd. B 37.

<sup>142</sup> Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 58, Nr. 37826, Schreiben vom 20. 1. 1941.

<sup>143</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen. M. wurde ein Jahr später Kandidat der NSDAP bei der Stadtverordnetenwahl.

<sup>144</sup> EvKH, PB 19. 3. 1920 TOP 1.

<sup>145</sup> StAH, NSDAP-Varia, Personenliste.

<sup>146</sup> 15 Jahre NSDAP-Ortsgruppe, a. a. O., S. 4.

<sup>147</sup> Stockhorst, a. a. O., S. 437.

<sup>148</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen. Heinrich G. wurde 1931 Mitglied, 1933 Stadtverordneter der NSDAP.

<sup>149</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen. Adolf K. unterzeichnete 1929 als erster den NSDAP-Stadtverordnetenvorschlag.

<sup>150</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen. Ernst B. (Platz 13) kandidierte 1924 erfolglos für die DDP und 1929 wie Wilhelm V. (Platz 15) für die Liste Heidbüchel jeweils für die Stadtverordnetenversammlung. Alfred W. (Platz 31) wurde für die gleiche Funktion 1929 von der DVP vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde von Rudolf H. (Platz 11) durch seine Unterschrift unterstützt.

um den Redakteur der Hattinger Zeitung Karl Z. (Platz 6), der für die DVP seit 1924 im Magistrat der Stadt tätig war.<sup>151</sup>

Die Spitzenkandidaten der Wahlvereinigung, die Presbyter August B. und Rudolf D., haben sich hingegen, soweit dies übersehen werden kann, nicht parteipolitisch betätigt.

#### 6.6.4.2 Die Bekenntnisliste

Die Bekenntnisliste legte einen Wahlvorschlag mit 31 Frauen und Männern vor.<sup>152</sup> 6 der ersten 12 Kandidaten lassen sich parteipolitisch zuordnen, hiervon traten jeweils 3 Personen zwischen 1924–1929 aktiv für die DVP bzw. die DNVP ein.<sup>153</sup>

#### 6.6.4.3 Die Liste der Kirchlichen Gemeinschaft

Die Liste der Kirchlichen Gemeinschaft enthielt 15 Namen.<sup>154</sup> Hier liegen nur zu zwei vorgeschlagenen Personen Informationen vor.<sup>155</sup> Heinrich Ru. unterstützte 1924 den Wahlvorschlag der DNVP. Als ehemaliger Stadtverordneter war der Spitzenkandidat Ernst Schreiber ebenfalls der DNVP verpflichtet.

Während die Kirchliche Gemeinschaft insbesondere durch die Person ihres Vorsitzenden eng mit der DNVP verbunden war, repräsentierte die Bekenntnisliste jene Mischung aus national-konservativen und national-liberalen Personen, die für die kirchlichen Vertretungen dieser Zeit typisch war. Die Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung stellte hingegen vor allem ein Bündnis national-liberaler Kräfte mit Nationalsozialisten und Völkischen dar, wobei der Anteil der Nationalsozialisten von den Gegnern eher noch unterschätzt worden ist.

### 6.7 Ergebnisse der Wahlen

#### 6.7.1 Wahl der Gemeindeverordneten

Im Bezirk Hattingen-Stadt hatte die Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung am 18. 11. 1928 eine sicherlich günstige Ausgangsposition, schließlich konnte sie auf 2 altgediente Presbyter als Spitzenkandidaten und die Unterstützung durch die kirchlichen Vereine hinweisen. Der theologische Standpunkt der Kirchlichen Gemeinschaft, mit der die Bekenntnisliste eine Verbindung eingegangen war, hatte sich bisher außerdem als wenig attraktiv erwiesen. Die Frage blieb jedoch, ob die Gemeindeglieder den immer klarer hervortretenden antisemitischen

<sup>151</sup> Fischer/Schappei, a. a. O., B10 u. Anlage C. Z. war von 1919–1929 ununterbrochen Stadtverordneter der DVP.

<sup>152</sup> Hatt. Z. 10. 11. 1928.

<sup>153</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen.

<sup>154</sup> EvKH, Nr. 4R.

<sup>155</sup> StAH, Wahlamt der Stadt Hattingen.

Zug der Wahlvereinigung und die Einbeziehung der Nationalsozialisten gutheißen würden. Rund 80% der eingeschriebenen 2300 Gemeindeglieder beteiligten sich an der Wahl. Das Ergebnis lautete:<sup>156</sup>

	Stimmen	Sitze
Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung	1079	18
Bekennnisliste	278	5
Kirchliche Gemeinschaft	316	5

Die Rechnung der Nationalsozialisten war damit aufgegangen. Mit Schepmann, Julius L. und Arnold waren drei Nationalsozialisten direkt in die Gemeindevertretung gewählt worden.

Nur in einem der zehn übrigen Bezirke der Kirchengemeinde kam es übrigens ebenfalls zu einer Wahl. Im Bezirk Welper lagen drei Wahlvorschläge vor. Über die Auseinandersetzungen in Welper ist leider nur wenig bekannt.<sup>157</sup> Möglicherweise spielte aber auch hier die Beteiligung von Nationalsozialisten eine Rolle. Auch dort gingen zwei Gruppen, die „Kirchenliste“ und die „Liste der Landeskirchlichen Gemeinschaft“, eine Verbindung ein. Der dritte Wahlvorschlag wurde von Ludwig Bock angeführt, einem bekannten Nationalsozialisten mit der niedrigen Parteinummer 26919.<sup>158</sup>

#### 6.7.2 Wahl der Presbyter

Für die Presbyterwahlen des Stadtbezirkes im Februar 1929 lagen zwei Wahlvorschläge vor, die jene Richtungen repräsentierten, die im November des Vorjahres als Deutsch-Evangelische Wahlvereinigung bzw. Bekennnisliste/Kirchliche Gemeinschaft angetreten waren. Die 1. Liste führte zunächst die Namen von drei Herren auf, die bisher bereits als Presbyter tätig gewesen waren. Ihnen folgten an vierter und sechster Stelle die Nationalsozialisten Adolf S. und Heinrich R. Der fünfte Platz war Dr. G. eingeräumt worden.<sup>159</sup>

Für das Ergebnis der Presbyterwahlen spielte das besondere Wahlsystem der rheinisch-westfälischen Provinzialkirchen eine wesentliche Rolle, denn die Wahl der neuen Presbyter wurde von den eingeführten Gemeindeverordneten und den alten Presbytern vorgenommen.<sup>160</sup> Unter den bisherigen Presbytern war jedoch der Anteil derjenigen, die der Wahlvereinigung und den Nationalsozialisten mit Distanz begeg-

<sup>156</sup> EvKH, Nr. 4R.

<sup>157</sup> Lediglich ein Schreiben des Wahlausschusses der Liste Bock liegt vor. Hatt. Z. 17. 11. 1928.

<sup>158</sup> Bock war möglicherweise zu diesem Zeitpunkt bereits Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Welper.

<sup>159</sup> EvKH, Nr. 4R.

<sup>160</sup> § 15 u. § 18 der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung vom 6. 11. 1923.

ten, höher als in der Kirchengemeinde insgesamt. Von der Liste der Wahlvereinigung wurden daher nur vier der acht einzusetzenden Presbyter gewählt, obwohl sie fast  $\frac{2}{3}$  der Gemeindeverordneten des Stadtbezirks stellte.<sup>161</sup> Immerhin saß nun aber mit Adolf S. der erste Nationalsozialist im Presbyterium der Kirchengemeinde. Er war zugleich der vierte Nationalsozialist aus dem Stadtbezirk in der größeren Gemeindevertretung. Mit August U. rutschte ein fünfter als Ersatz für einen zum Presbyter gewählten Repräsentanten nach. Ein geringfügig höherer Stimmenanteil der Wahlvereinigung bei der Wahl der Presbyter und Verordneten des Stadtbezirks hätte die Zahl der Nationalsozialisten sprunghaft erhöht, weil die nächsten Ersatzmänner der Vereinigung fast ausschließlich NSDAP-Anhänger waren.<sup>162</sup>

### 7. Schlußwort

Die Kirchenwahlen 1928 konnten von den Hattinger Nationalsozialisten als ein wichtiger politischer Erfolg gewertet werden. Wie kaum eine andere politische Partei konnte die NSDAP auf das kirchliche Engagement bekannter Kommunalpolitiker hinweisen und sich der ausdrücklichen Anerkennung durch die kirchlichen Vereine und  $\frac{2}{3}$  der kirchlichen Wähler rühmen. Dieses überraschende und erschreckende Ergebnis wird jedoch verständlich, wenn die spezifischen Bedingungen innerhalb der politischen Einheit „Stadt Hattingen“ und in der Evangelischen Kirchengemeinde betrachtet werden. Eine außergewöhnliche Entwicklung der NSDAP, die nicht nur in bestimmten sozio-kulturellen und politischen Gegebenheiten sondern auch in dem geschickten Verhalten führender Parteifunktionäre ihre Ursache hatte, ließ diese Form kirchlicher Auseinandersetzungen erst zu. Die NSDAP fand aber auch ihrerseits in der Evangelischen Kirchengemeinde einen bemerkenswert geringen Widerstand gegen eine mögliche politische Vereinnahmung und völkisch-nationalsozialistisch orientierte Aktivisten vor. Insgesamt wird man festhalten können, daß sich in der Hattinger Kirchengemeinde wie auf einem Präsentierteller Entwicklungen und Auseinandersetzungen zeigen, die einige Jahre später mit der Bildung der „Glaubensbewegung Deutscher Christen“ in vielen Kirchengemeinden sichtbar werden sollten.

<sup>161</sup> Hatt.Z. 25. 2. 1929.

<sup>162</sup> EvKH, PB 6. 3.1929 TOP 1.

<sup>163</sup> Zur weiteren Entwicklung in der Hattinger Kirchengemeinde: Linneweber, U., Evangelische Kirche im Nationalsozialistischen Staat, in: VHS Hattingen (Hg.), a. a. O., S. 182–193.